

Forschungsbericht No. 8

Menschen in Deutschland: International (MiDInt)

Untersuchungsdesign, Stichprobe,
Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 2
(Feb. 2023)

Janosch Kleinschnittger, Diego Farren, Katrin Brettfeld,
Thomas Richter & Peter Wetzels



**FAKULTÄT
FÜR RECHTSWISSENSCHAFT**

„Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) ist ein Kooperationsprojekt des German Institute for Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg und des Instituts für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (UHH). MiDInt wird innerhalb des bundesweiten Forschungsverbundes MOTRA durchgeführt, der durch Zuwendungen des BMBF und des BMI gefördert wird.

MiDInt

Menschen in Deutschland: International

motra
Monitoringssystem und
Transferplattform Radikalisierung



Hamburg, März 2023

© 2023 by the authors. All rights reserved

Universität Hamburg
Fakultät für Rechtswissenschaft
Institut für Kriminologie
Rothenbaumchaussee 33
20148 Hamburg

German Institute for Global and Area Studies
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien
Institut für Nahost-Studien
Neuer Jungfernstieg 21
20354 Hamburg



Photo by UHH/RRZ/Mentz



Photo by GIGA

Inhaltsverzeichnis

1	DIE ZWEITE ERHEBUNGSWELLE DER STUDIE „MENSCHEN IN DEUTSCHLAND: INTERNATIONAL“ (MIDINT)	1
2	DIE ZWEITE WELLE VON MIDINT (FEBRUAR 2023) IM KURZÜBERBLICK	3
3	ERHEBUNGSDESIGN UND ERREICHTE STICHPROBE	4
3.1	DURCHFÜHRUNG DER FELDPHASE UND QUALITÄTSKONTROLLEN.....	4
3.2	MERKMALE DER ERREICHTEN ANALYSESTICHPROBE.....	5
4	DAS ERHEBUNGSINSTRUMENT	9
4.1	EREIGNISBEZOGENE KONSTRUKTE UND MESSINSTRUMENTE: WAHRNEHMUNG UND BEWERTUNG INTERNATIONAL RELEVANTER GESCHEHNISSE	10
4.1.1	EINSTELLUNGEN UND MEINUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEM KRIEG IN DER UKRAINE	11
4.1.2	EINSTELLUNGEN ZU MASSNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER BEKÄMPFUNG DES KLIMAWANDELS	12
4.2	AKZEPTANZ VON FORMEN DES ZIVILEN UNGEHORSAMS, VON GESETZESVERLETZUNGEN UND GEWALT ALS MITTEL DES POLITISCHEN PROTESTES	13
4.3	AUTOKRATIEAKZEPTANZ UND NATIONALISMUS, SOWIE INTOLERANZ GEGENÜBER FREMDGRUPPEN UND MINDERHEITEN ALS ZENTRALE ABHÄNGIGE VARIABLEN	14
4.4	EINFLUSSFAKTOREN AUF INDIVIDUELLER UND SOZIALER EBENE	16
4.5	SURVEY-EXPERIMENT ZU EINSTELLUNGEN GEGENÜBER FLÜCHTLINGEN UND DEM EINFLUSS ÖFFENTLICHER VERLAUTBARUNGEN DURCH POLITIK UND ZIVILGESELLSCHAFT	16
4.5.1	ERGEBNISSE DES SURVEYEXPERIMENTS IN WELLE 1 ZU EINFLÜSSEN ÖFFENTLICHER VERLAUTBARUNGEN AUF EINSTELLUNGEN DER BEVÖLKERUNG ZU FLÜCHTLINGEN.....	17
4.5.2	ZIELSETZUNG UND DESIGN DES ERGÄNZENDEN FOLGEEEXPERIMENTS IN WELLE 2.....	20
4.6	SURVEY-EXPERIMENT ZU MUSLIMFEINDLICHEN EINSTELLUNGEN IN FOLGE DER WAHRNEHMUNG VON MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN UND PROTESTEN IM IRAN UND IN AFGHANISTAN.....	21
4.6.1	FRAUEN- UND MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IM IRAN UND ZUSAMMENHÄNGE MIT MUSLIMFEINDLICHKEIT IN DEUTSCHLAND: ERGEBNISSE DER ERSTEN WELLE VON MIDINT	23
4.6.2	VERLETZUNG VON FRAUEN- UND MENSCHENRECHTEN IN AFGHANISTAN	25
4.6.3	ZIELSETZUNG UND DESIGN DES SURVEYEXPERIMENTS ZU MUSLIMFEINDLICHKEIT	26
5	KONSTRUKTE UND ZU DEREN MESSUNG VERWENDETE ITEMS IM ÜBERBLICK	27
	LITERATUR	35
	ANHANG: FRAGEBOGEN	I
	ANHANG: CODEBUCH	XVII

Menschen in Deutschland: International (MiDInt) Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 2 (Feb. 2023)

*Janosch Kleinschnittger, Diego Farren, Katrin Brettfeld,
Thomas Richter & Peter Wetzels*

1 Die zweite Erhebungswelle der Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt)

Als Teil des bundesweiten, durch das BMBF und das BMI geförderten Forschungsverbundes MOTRA (Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung, vgl. www.motra.info), führt das Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg drei aufeinander abgestimmte, regelmäßig wiederholte, bundesweite Einstellungsbefragungen mit je unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und Zielgruppen durch. Es handelt sich um die Studien „*Menschen in Deutschland*“ (MiD), „*Junge Menschen in Deutschland*“ (JuMiD) und „*Menschen in Deutschland: International*“ (MiDInt) (vgl. dazu im Einzelnen: Brettfeld et al. 2023a; Brettfeld et al. 2021a; Endtricht et al. 2022; Farren et al. 2022; Fischer et al. 2022; zum Überblick siehe auch www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/kriminologie/motra.html).

Übergeordnetes und gemeinsames Ziel dieser drei Forschungsvorhaben ist es, Erkenntnisse zur Verbreitung politisch-extremistischer und extremismusaffiner Einstellungen in Deutschland zu gewinnen und Veränderungen über die Zeit zu dokumentieren. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf Haltungen, die demokratische Grundprinzipien und Freiheitsrechte ablehnen sowie auf Einstellungen, die Intoleranz oder Hass gegenüber Fremdgruppen akzeptieren oder propagieren. Darüber hinaus werden auch Einstellungen zu Protestformen, insbesondere zu Gesetzesverletzungen bis hin zu Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung sowie die Akzeptanz physischer Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele thematisiert (vgl. dazu auch Brettfeld & Wetzels 2022a, 2022b; Wetzels et al. 2022b).

Die Studie, „*Menschen in Deutschland: International*“ (MiDInt) verfolgt innerhalb dieses Gesamtkonzeptes vorrangig das Ziel, die Relevanz internationaler Ereignisse, politischer Entscheidungen und Krisen für die Erklärung politischer Extremismen in Deutschland und der Verbreitung von Intoleranz gegenüber unterschiedlichen Minderheiten und Fremdgruppen in den Blick zu nehmen (vgl. dazu u.a. Brettfeld et al. 2023a, Richter et al. 2023).

Die Studie MiDInt wird seit Herbst 2022 durch das GIGA in Hamburg und das Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (UHH) als gemeinschaftliches Projekt durchgeführt (zum Überblick und ausgewählten Ergebnissen siehe www.mid.uni-hamburg.de/mid-international/midint/midint-startseite.html).

MiDInt ist als Trendstudie konzipiert, in der im Abstand von etwa 2 Monaten - also in recht kurzen Intervallen - repräsentative Befragungen durchgeführt werden. Dabei wird zum einen ein gleichartiger Kern von Fragen regelmäßig wiederholt eingesetzt, um Trends und Veränderungsmessungen sowie kurzfristige Ausschläge im Gefolge markanter Entwicklungen und Ereignisse abbilden zu können. Zum anderen werden in den verschiedenen Erhebungswellen auch neuere Entwicklungen und aktuelle politische Debatten und

Probleme aufgegriffen, für die kurzfristig jeweils spezifische neue Fragen entwickelt und in die verwendeten Erhebungsinstrumente integriert werden.

Weiter werden in diesen Befragungen querschnittlich festgestellte Befunde vorhergehender Erhebungswellen aus MiD, JuMiD und MiDInt, aber auch aus anderen Studien zu möglichen Zusammenhängen internationaler Entwicklungen und Ereignisse mit Radikalisierungsphänomenen oder Formen der Intoleranz innerhalb Deutschlands aufgegriffen, um im Wege von Surveyexperimenten theoretisch naheliegende bzw. mögliche Kausalzusammenhänge genauer in randomisierten Kontrollgruppendesigns zu prüfen. Durch das experimentelle Design können verzerrende Effekte von Drittvariablen ausgeschlossen und kausale Wirkungen gezeigt werden.

Die Feldphase zur ersten Welle von MiDInt fand im November 2022 statt (vgl. Brettfeld et al. 2023a). Zentrale Ergebnisse dessen wurden bereits an anderer Stelle publiziert und auch mehrfach in Vorträgen auf Fachkonferenzen präsentiert (vgl. Brettfeld et al. 2023b; Kleinschnittger & Richter 2023; Kleinschnittger, Richter & Brettfeld 2023; Richter et al. 2022; Wetzels et al. 2023).

In der zweiten Welle von MiDInt, die im Februar 2023 stattfand, wurden weitere Schritte unternommen, um die o.a. Ziele (Thematisierung aktueller politischer Debatten, experimentelle Prüfung der Effekte international relevanter Entwicklungen auf Radikalisierungsphänomene in Deutschland) umzusetzen.

Ein wichtiger neuer Schwerpunkt gegenüber der ersten Welle von MiDInt, für welchen in der zweiten Welle neue Elemente in das Erhebungsinstrument aufgenommen wurden, betrifft die Wahrnehmung des Krieges in der Ukraine. Erhoben wurden insofern nicht nur damit assoziierte Sorgen und Befürchtungen, wie sie bereits in der ersten Welle von MiDInt schon thematisiert wurden, sondern zusätzlich auch weitere Fragen zu Kriegsängsten sowie zu Einstellungen im Hinblick auf Maßnahmen (Waffenlieferungen, militärische Unterstützung; Aufnahme der Ukraine in die EU), die von Seiten Deutschlands auf den Weg gebracht wurden bzw. die aktuell in Deutschland diskutiert werden.

Ferner wurde in der zweiten Welle die bereits in der ersten Welle in korrelativen Analysen verfolgte Fragestellung nach möglichen Ausstrahlungswirkungen der Entwicklungen im Iran auf die Verbreitung von Muslimfeindlichkeit in Deutschland (vgl. Wetzels et al. 2023) erneut aufgegriffen und in veränderter Form in einem Experiment thematisiert.

Ausgangspunkt dessen waren Befunde aus den Erhebungen der ersten Welle, die mögliche Zusammenhänge der Wahrnehmung und Bewertung der Geschehnisse im Iran mit der Verbreitung und Ausprägung von Muslimfeindlichkeit in Deutschland nahelegen. Daran anknüpfend wurde in der zweiten Welle nun im Rahmen eines Surveyexperiments geprüft, inwieweit die Wahrnehmung dieser internationalen Entwicklungen außerhalb Deutschlands tatsächlich kausale Auswirkungen auf die Verbreitung und Ausprägung von Muslimfeindlichkeit innerhalb Deutschlands hat.

Bei dieser Prüfung kausaler Effekte wurden, über die Erhebungen in der ersten Welle hinausgehend, nicht nur die Geschehnisse im Iran thematisiert, sondern kontrastierend auch die in gewissem Maße vergleichbaren Probleme und Entwicklungen in Afghanistan in den Blick genommen. Auch im stark islamisch geprägten Afghanistan ist es zu andauernden, auch in Deutschland medial diskutierten, erheblichen Menschenrechtsverletzungen durch die machthabenden Taliban gekommen. Diese waren, ähnlich wie im Iran,

ganz besonders deutlich mit der Beeinträchtigung von Frauenrechten verbunden. Mit Blick auf Afghanistan sind bis heute Fragen danach akut, wie von Seiten Deutschlands auf die dortigen Entwicklungen politisch reagiert werden kann und sollte. Insbesondere die Konsequenzen der Konflikte in Afghanistan für die Arbeit dort tätiger Hilfsorganisationen aus Deutschland sind ein wiederkehrendes Thema öffentlicher Debatten. Insofern geht dieses Surveyexperiment auch der Frage nach, inwieweit die Konfrontation mit den Geschehnissen in Afghanistan vergleichbare Effekte auf die Verbreitung von Muslimfeindlichkeit in Deutschland hat, wie die Menschenrechtsverletzungen und Proteste im Iran.

Darüber hinaus wird in die zweite Welle von MiDInt ein zweites weiterführendes Anschlussexperiment integriert. Dieses knüpft an die Resultate eines in der ersten Welle von MiDInt durchgeführten Experiments an, dass die Auswirkungen öffentlich kommunizierter Kommentare und Bewertungen gesellschaftlicher Institutionen zur Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland auf die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen in Deutschland untersuchte (vgl. dazu Richter et al. 2023). Hier wird nun die Frage verfolgt, inwiefern die Effekte solcher, öffentlich artikulierter Bewertungen des Zuzugs von Flüchtlingen nach Deutschland davon abhängen, welche Personen in dieser Hinsicht aktiv werden. Differenziert wird insoweit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Abseits der Frage, ob sich insoweit unterschiedliche Effekte auf die Einstellungen der Bevölkerung erkennen lassen, wird auch analysiert, worauf dies ggfs. zurückgeführt werden kann.

Der vorliegende Forschungsbericht beschreibt das in der zweiten Welle von MiDInt verwendete Stichproben- und Erhebungsdesign, die tatsächlich erreichte Stichprobe sowie die erhobenen Konstrukte und die dazu verwendeten Messinstrumente. Im Anhang findet sich das Erhebungsinstrument im Wortlaut sowie das Codebuch zum Datensatz, dem die Bezeichnungen der Variablen, deren Inhalt und Codierung entnommen werden können.

2 Die zweite Welle von MiDInt (Februar 2023) im Kurzüberblick

Art der Untersuchung	Bundesweite Online-Befragung einer nach soziodemographischen Merkmalen geschichteten, approximativ repräsentativen Stichprobe
Marktforschungsinstitut	Bilendi S.A.
Erhebungszeitraum	8. bis 22. Februar 2023
Grundgesamtheit	Deutsche Wohnbevölkerung zwischen 18 und 69 Jahren
Zielgröße	N=2 500 Befragte ab 18 Jahre
Auswahlverfahren	Quotenstichprobe von Personen ab 18 Jahren aus einem Online-Access-Panel. Die Stichproben wird entsprechend den Verhältnissen in der Gesamtbevölkerung nach Alter, Geschlecht, Bildung und Wohngebiet (West/Ost) geschichtet.
Erhebungsmethode	Standardisierte Online-Befragung
Erhebungssprache	Deutsch
Befragungsdauer	Mittelwert: 17 Minuten 37 Sekunden; Median: 13 Minuten 16 Sekunden
Realisierte Stichprobe	N=2 428 verwertbare Fälle

3 Erhebungsdesign und erreichte Stichprobe

Bei der Studie MiDInt handelt es sich um eine standardisierte Online-Befragung einer Stichprobe der Bevölkerung in Deutschland im Alter zwischen 18 und 69 Jahren. Die Stichprobenziehung erfolgt in allen Wellen in Form einer geschichteten Zufallsziehung aus einem großen deutschen Online-Access-Panel. Die reale Grundgesamtheit von MiDInt besteht insofern aus den Mitgliedern des Online-Access-Panels des Marktforschungsinstitutes Bilendi S.A., das zum Zeitpunkt der Durchführung der zweiten Welle von MiDInt rund 300 000 in Deutschland lebende Personen ab 16 Jahren umfasste.

Dieses Online-Access-Panel weicht zwar als Ganzes im Hinblick auf verschiedene soziodemographische Parameter von der Grundgesamtheit der Bevölkerung in Deutschland ab.

So sind mit einem Anteil von 60.3% Frauen in diesem Panel überrepräsentiert. Auch jüngere Altersgruppen sind häufiger vertreten als in der deutschen Gesamtbevölkerung (Personen unter 50 Jahren: 68.2%, Personen über 50 Jahren: 31.8%).

Durch die von uns praktizierte Quotierung - die auf Basis der Verteilung von Alter, Geschlecht, Bildung und Region (Ost/West) in der Grundgesamtheit der gesamten Wohnbevölkerung in Deutschland zwischen 18 und 69 Jahren erfolgt - können diese Verzerrungen jedoch kompensiert werden. Aufgrund der Größe des Online-Access-Panels kann über diese Quotierungen erreicht werden, dass daraus gezogene Stichproben im Hinblick auf zentrale soziodemographische Merkmale weitgehend den Verhältnissen entsprechen, wie sie auch in der Grundgesamtheit der altersgleichen Bevölkerung (18-69 Jahre) anzutreffen sind. Insoweit können diese Stichproben als annähernd repräsentativ bezeichnet werden.

3.1 Durchführung der Feldphase und Qualitätskontrollen

Die Zielgröße der Netto-Stichprobe wurde - wie auch schon bei der ersten Welle von MiDInt - auf N=2 500 Personen festgelegt. Um mögliche nicht verwertbare Fälle ausfiltern und gleichwohl eine angemessen große Stichprobe erreichen zu können, wurde, auf der Basis von Erfahrungswerten aus früheren derartigen Studien (vgl. z.B. Fischer & Farren 2023) sowie aus der ersten Welle von MiDInt (Brettfeld et al. 2023a) der Brutto-Stichprobenansatz auf N=2 750 bestimmt.

Für die Stichprobenziehung wurde a priori eine Quotierung der zu befragenden Zielpersonen im Hinblick auf Alter, Geschlecht, Bildung und Ost-West-Verteilung anhand von Referenzwerten des Statistischen Bundesamts für die Bevölkerung im Alter von 18 bis 69 Jahren vorgenommen. Von den insgesamt 300 000 Panelmitgliedern wurden N=40 835 Zielpersonen - unter Beachtung der vorgegebenen Quotierungen - per Zufall ausgewählt. Diese wurden per E-Mail angeschrieben und um Teilnahme gebeten.

Das Erhebungsinstrument wurde durch das Team der UHH und des GIGA über die Plattform LimeSurvey programmiert und für die Online-Befragung mit dem Online-Access-Panel von Bilendi verknüpft, sodass nur eingeladene Zielpersonen den Fragebogen erreichen konnten. Durch Bilendi wurde sichergestellt, dass es sich bei den Teilnehmenden tatsächlich ausschließlich um Personen aus der gezogenen Stichprobe handelt.

Mit Beginn der Feldphase konnten sich die angeschriebenen Zielpersonen über den ihnen mitgeteilten Link an der Befragung beteiligen. Die Befragung erfolgte ausschließlich

in deutscher Sprache. Die einleitenden Fragen im Erhebungsinstrument betrafen die für die Quotierung relevanten Variablen Geschlecht, Alter, Bildung und Wohnregion.

Die Rückläufe der ausgefüllten Fragebögen wurden mit Blick auf die Quotierungsvorgaben fortlaufend durch das Team der UHH und des GIGA kontrolliert. Sobald die für die Quotierungsvariablen mit ihren jeweiligen Ausprägungen a priori bestimmten Zielzahlen erreicht waren, wurden keine weiteren Personen mit dem betreffenden Merkmal mehr in die Befragung aufgenommen. Bei Personen, die sich danach noch zu beteiligen versuchten, erfolgte der Hinweis, dass die Befragung bereits abgeschlossen sei.

Die Feldphase begann am 8. Februar 2023. Nachdem alle Zielzahlen in den verschiedenen Quotierungsvariablen erreicht waren und insgesamt n=2 750 Personen an der Befragung teilgenommen hatten, wurde die Erhebung am 22.02.2023 beendet. Im Anschluss daran wurde der Bruttodatensatz für weitere Qualitätskontrollen an das Team der UHH und des GIGA übersandt.

Im Rahmen des Datencleanings wurden jene Fälle, in denen die Dauer der Bearbeitungszeit eindeutig darauf hinwies, dass die Fragen nicht richtig gelesen worden sein konnten, aus der Stichprobe entfernt. Es handelt sich hier um sogenannte „Superspeeder“. Dazu wurde auf die im Zuge der Befragung aufgezeichneten Informationen sowohl zur Gesamtdauer der Befragung als auch zur Dauer der Beantwortung einzelner Fragenblöcke zurückgegriffen. Neben Personen, die sich insgesamt zu schnell durch den Fragebogen geklickt hatten, ohne hinreichend Zeit zum Lesen aufzuwenden, wurden auch solche Teilnehmende aus dem Sample entfernt, die bei Fragematrizen trotz wechselnder Polung von Items ausschließlich gerade heruntergekreuzt hatten („Straightliner“). Diese Qualitätskontrollen seitens der Teams der UHH und des GIGA führten zu einer Reduzierung des Bruttodatensatzes um insgesamt n=322 Fälle. Danach umfasst der finale Nettodatensatz der Analysestichprobe insgesamt N=2 428 verwertbare Fälle.

3.2 Merkmale der erreichten Analysestichprobe

Ein Vergleich der Analysestichprobe mit den Merkmalen der in Deutschland lebenden Bevölkerung zeigt, dass die regionale Verteilung zwischen West- und Ostdeutschland sowie über die Bundesländer den Verhältnissen in der bundesdeutschen Wohnbevölkerung sehr nahekommt. Die Abweichungen sind minimal.

Tabelle 1: Verteilung der Stichprobe nach Region (Wohnort Ost/West) sowie Referenzwerte für Deutschland

	Stichprobe		Referenz
	gültige N	%	%
Ost-West-Verteilung			
Westdeutschland	1 959	80.7	80.6
Ostdeutschland (einschl. Berlin)	469	19.3	19.4

Anmerkung: Quelle der Referenzwerte: Statistisches Bundesamt, Genesis Online, Bevölkerungsfortschreibung, Stand: 31.12.2021

Für die Ost-West-Verteilung ergeben sich Unterschiede von nur 0.1 Prozentpunkten. 80.7% der Befragten stammen aus westdeutschen und 19.3% aus ostdeutschen Bundesländern (einschließlich Berlin).

Im Hinblick auf die einzelnen Bundesländer - diese Variable wurde nicht in die Quotierung einbezogen - finden sich ebenfalls nur kleinere Differenzen im Vergleich der Netto-Stichprobe mit der Verteilung in der Grundgesamtheit der deutschen Wohnbevölkerung.

Tabelle 2: Verteilung der Stichprobe nach Bundesland sowie Referenzwerte für die Grundgesamtheit der Bevölkerung in Deutschland insgesamt

	Stichprobe		Referenz
	gültige N	%	%
Bundesland			
Schleswig-Holstein	119	4.9	3.5
Hamburg	73	3.0	2.2
Niedersachsen	216	8.9	9.6
Bremen	26	1.1	0.8
Nordrhein-Westfalen	471	19.4	21.5
Hessen	193	7.9	7.6
Rheinland-Pfalz	125	5.1	4.9
Baden-Württemberg	265	10.9	13.4
Bayern	431	17.8	15.8
Saarland	40	1.6	1.2
Berlin	135	5.6	4.4
Brandenburg	67	2.8	3.0
Mecklenburg-Vorpommern	42	1.7	1.9
Sachsen	119	4.9	4.9
Sachsen-Anhalt	52	2.1	2.6
Thüringen	54	2.2	2.5

Anmerkung: Quelle der Referenzwerte: Statistisches Bundesamt, Genesis Online, Bevölkerungsfortschreibung, Stand: 31.12.2021

Die bevölkerungsstarken westlichen Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg sind um 2.1 bzw. 2.5 Prozentpunkte geringfügig unterrepräsentiert, Niedersachsen um 0.7 Prozentpunkte. Dagegen sind einige andere Bundesländer in unserer Stichprobe etwas überrepräsentiert. Dazu gehört Bayern (2.0 Prozentpunkte), Schleswig-Holstein (1.4 Prozentpunkte), Berlin (1.2 Prozentpunkte) und Hamburg (0.8 Prozentpunkte). Die Abweichungen bei den übrigen Bundesländern liegen zwischen 0 und 0.5 Prozentpunkten.

Damit sind die Abweichungen hinsichtlich der regionalen Verortung der Personen zwischen der in der zweiten Welle von MiDIInt erreichten Netto-Stichprobe und der deutschen Wohnbevölkerung - obwohl für die Bundesländer selbst keine Quotierung durchgeführt wurde - in einem sehr gut tolerablen Bereich. Allerdings sollten mit diesen Daten gleichwohl keine differenzierteren Auswertungen spezifisch für einzelne Bundesländer vorgenommen werden. Dies wäre - vor allem bei kleineren Bundesländern - aufgrund der dann zu geringen Fallzahlen recht fehleranfällig. West-Ost-Vergleiche, oder größere Zusammenfassungen von Bundesländern können aber durchaus kontrastierend betrachtet werden.

Auch die Verteilung der Stichprobe hinsichtlich der Wohnortgröße (vgl. Tabelle 3) stimmt mit den Referenzdaten der Bevölkerung in Deutschland recht gut überein. Befragte, die in einem Ort mit weniger als 100 000 Einwohnern leben, machen 64.9% der Stichprobe aus.

Diese Rate weicht nur um 3 Prozentpunkte von den Daten des Statistischen Bundesamtes ab. Im Gegenzug sind Befragte aus Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern um 1.7 Prozentpunkte überrepräsentiert. Diese leichte Überrepräsentation von Bewohnern aus Großstädten ist in repräsentativen Befragungen häufiger anzutreffen und fand sich so auch in der ersten Welle von MiDInt (vgl. Brettfeld et al. 2023a, S. 7).

Tabelle 3: Verteilung der Stichprobe nach Größe des Wohnortes sowie Referenzwerte für Deutschland insgesamt

	Stichprobe		Referenz
	gültige N	%	%
Ortsgröße			
< 100 000 EW	1 572	64.9	67.9
100 001 bis 499 999 EW	402	16.6	15.2
> 500 000 EW	450	18.6	16.9

Anmerkung: Quelle der Referenzwerte: Statistisches Bundesamt, Genesis Online, Verteilung der Haushaltsmitglieder nach Gemeindegrößenklasse, Stand: 2019

In Bezug auf Alter und Geschlecht wurden sowohl für die Quotierung bei Stichprobenziehung als auch für den Vergleich mit der Grundgesamtheit als Referenzwerte die Daten des Statistischen Bundesamtes zu Personen im Alter zwischen 18 und 69 Jahren herangezogen. Zur Verteilung der Befragten nach Geschlecht ist festzustellen, dass der Anteil weiblicher (51.2%) und männlicher Befragter (48.8%) in der Stichprobe um lediglich 0.8 Prozentpunkte von den Verhältnissen in der Gesamtbevölkerung abweicht.¹

Tabelle 4: Verteilung der Stichprobe nach Alter, Geschlecht und Bildung sowie Referenzwerte für Deutschland insgesamt

	Stichprobe		Referenz
	gültige N	%	%
Geschlecht			
Weiblich	1 242	51.2	50.4
Männlich	1 182	48.8	49.6
Alter			
18 bis 29 Jahre	473	19.5	19.7
30 bis 39 Jahre	433	17.8	19.5
40 bis 49 Jahre	421	17.3	17.9
50 bis 59 Jahre	573	23.6	23.4
60 bis 69 Jahre	526	21.7	19.6
Bildungsstand			
Haupt-/Volksschule bzw. kein Abschluss	850	35.0	33.9
Mittlere Reife	719	29.6	31.2
Fachhochschul o.-Hochschulreife	859	35.4	34.8

Anmerkung: Die Referenzwerte für das Geschlecht und die Altersgruppen beziehen sich auf die Gesamtbevölkerung zwischen 18 und 69 Jahren. Quelle: Statistisches Bundesamt, Genesis Online, Bevölkerungsfortschreibung, Stand: 31.12.2021
Die Referenzwerte für den Bildungsstand berücksichtigen nicht diejenigen, die noch in schulischer Ausbildung sind oder die keine Angaben gemacht haben. Quelle: Statistisches Bundesamt (2020a)

¹ Zu beachten ist hier, dass die amtlichen Referenzdaten noch keine Angaben zum Anteil von Personen mit diversem Geschlecht enthalten. Insofern wurden zur Bestimmung der Passung der Befragungsdaten mit den Referenzdaten auch nur jene Befragte berücksichtigt, die als Geschlecht männlich oder weiblich angaben.

Die Altersverteilung der Stichprobe entspricht gleichfalls recht gut den Verhältnissen, wie sie in der Gesamtbevölkerung bei den 18- bis 69-Jährigen anzutreffen ist. Ältere Menschen sind nur ganz leicht überrepräsentiert. In den Altersgruppen 50 bis 59 Jahre sowie 60 bis 69 Jahre finden sich in der Stichprobe mit 0.2 bzw. 2.1 Prozentpunkten nur geringe Abweichungen von den Verteilungen in der Gesamtbevölkerung. Komplementär dazu sind die Anteile jüngerer Menschen unter den Befragten etwas geringer (0.2 Prozentpunkte Differenz in der Altersgruppe 18 bis 29 Jahre und 1.7 Prozentpunkte in der Altersgruppe 30 bis 39 Jahre). In der Gruppe der 40- bis 49-Jährigen weicht die Stichprobe nur um 0.6 Prozentpunkte vom Referenzwert ab.

Auch in Bezug auf das Bildungsniveau zeigen sich nur geringe Abweichungen: Befragte mit niedrigem und hohem Bildungsstand sind mit 1.1 bzw. 0.6 Prozentpunkten Differenz zur Referenzgruppe leicht überrepräsentiert, jene mit mittlerem Bildungsstand hingegen mit einer Differenz von 1.6 Prozentpunkten in der Stichprobe etwas seltener vertreten.

Insgesamt ist es durch die Quotierung damit gelungen sicherzustellen, dass die über das Online-Access-Panel erreichte Stichprobe mit Blick auf zentrale soziodemographische Merkmale den Verhältnissen in der Grundgesamtheit der deutschen Bevölkerung im Alter ab 18 Jahren bis 69 Jahren recht gut entspricht.

Es ist allerdings zu beachten, dass speziell Personen mit Migrationshintergrund in solchen Stichproben regelmäßig unterrepräsentiert sind, was auch durch Quotierungen nicht mehr hinreichend auszugleichen ist. Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund ist mit 4.2% deutlich geringer, als das für die Gesamtbevölkerung gilt (24.2%).

Als Menschen mit Migrationshintergrund wurden Personen definiert, die nach eigenen Angaben (entweder selbst oder mindestens ein Elternteil) nach Deutschland zugewandert sind oder die nicht nur die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Die Angabe zur Religionszugehörigkeit wurde ebenfalls den Selbstangaben der Befragten entnommen

Hier dürfte auch eine Rolle spielen, dass die Befragungen in MiDInt, auch aus Kostengründen, ausschließlich in deutscher Sprache durchgeführt werden. Insoweit war schon a priori zu erwarten, dass Personen mit Migrationshintergrund damit weniger gut erreicht werden können.

Tabelle 5: *Verteilung der Stichprobe nach Migrationshintergrund, Staatsangehörigkeit und Religion sowie Referenzwerte für Deutschland*

	Stichprobe		Referenz
	gültige N	%	%
Migrationshintergrund			
Mit MHG	101	4.2	24.2
Ohne MHG	2 327	95.8	75.8
Staatsangehörigkeit			
Deutsch	2 298	94.8	84.8
Deutsch und andere	82	3.4	2.5
Nichtdeutsch	43	1.8	12.7
Religion			
Christen	1 229	50.8	52.0
Muslime	72	3.0	6.4-6.7

Anmerkung: Quelle der Angaben zum Migrationshintergrund: Statistisches Bundesamt (2020b);
 Quelle der Angaben zur Staatsangehörigkeit: Statistisches Bundesamt, Genesis Online, Bevölkerungsfortschreibung, Stand: 31.12.2020 und Statistisches Bundesamt (2020b);
 Quelle der Angaben zur Religion: DBK, EKD und Pfündel et al. 2021

Korrespondierend dazu haben in der Analytestichprobe nur 1.8% der Befragten ausschließlich eine nichtdeutsche Staatsbürgerschaft. Diese Rate ist um 10.9 Prozentpunkte geringer als in der deutschen Wohnbevölkerung.

Auch der Anteil von Personen mit muslimischer Religionszugehörigkeit fällt mit 3.0% niedriger aus als in der Gesamtbevölkerung, wo dieser auf etwa 6.4-6.7% geschätzt wird (Pfündel et al. 2021). Die Rate der Personen mit christlicher Religionszugehörigkeit entspricht mit einer Differenz von 1.2 Prozentpunkten hingegen gut den Verhältnissen in der Gesamtbevölkerung.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Stichprobe in zentralen soziodemographischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Bildung und der regionalen Verortung recht gut den Verhältnissen entspricht, wie sie sich in der erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland finden lassen. Die leichten Abweichungen entsprechen in ihrer Größenordnung weitgehend jenen, die sich auch in der ersten Welle von MiDInt gezeigt hatten (vgl. Brettfeld et al. 2023a). Insofern ist der unmittelbare Vergleich zwischen diesen beiden Stichproben mit Blick auf zeitliche Veränderungen nicht von Verzerrungen beeinflusst.

Eine wichtige Einschränkung, die bei der Interpretation der Befunde wie auch der Handhabung der Daten zu beachten ist, besteht auch in der zweiten Welle weiterhin darin, dass Befragte mit Migrationshintergrund in dieser Stichprobe unterrepräsentiert sind. Auch diese Einschränkung unterscheidet sich jedoch zwischen den beiden Wellen nicht. Mithin sind auch in dieser Hinsicht Verzerrungen nicht relevant.

4 Das Erhebungsinstrument

Das Erhebungsinstrument für die zweite Welle der Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) wurde anknüpfend an die für die Studien MiD (vgl. Brettfeld et al. 2021a; Fischer et al. 2023) und JuMiD (vgl. Farren et al. 2022) vorliegenden Befragungsinstrumente sowie das Erhebungsinstrument zur ersten Welle von MiDInt aus November 2022 (vgl. Brettfeld et al. 2023a) entwickelt.

Zusätzlich wurden in den Fragebogen zur zweiten Welle von MiDInt einige neu entwickelte Messinstrumente integriert, die so noch in keiner der vorherigen Befragungen im Kontext von MOTRA eingesetzt wurden. Diese betreffen insbesondere Einstellungen zu international relevanten, aktuellen Ereignissen, Krisen oder politischen Entscheidungen. Neben den Ansichten der Befragten zu solchen Geschehnissen werden auch damit verbundene Erwartungen an die Politik in Deutschland sowie darauf bezogene Sorgen der Bevölkerung aufgegriffen.

Neben Konstrukten, die sich auf konkrete Ereignisse beziehen und die zwischen den Wellen variieren können, wird ein Kern von Fragen und Konstrukten immer wieder in gleicher Form in MiDInt integriert, um zeitliche Veränderungen abbilden zu können. Das betrifft zum einen politische Einstellungen, die von internationalen Ereignissen ggf. beeinflusst werden können. Diese gehören zu den Kernthemen des Monitorings im Forschungsverbund MOTRA (vgl. Brettfeld et al. 2021a, 2021b). Im Zentrum des Interesses stehen insoweit Einstellungen zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, hier vor allem Indikatoren für Autokratieakzeptanz und Nationalismus, sowie Maße für sozial schädliche und auch rechtlich problematische Formen von Intoleranz und Vorurteilen (Muslimfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Ablehnung von geflüchteten

Menschen). Hier finden zum Teil Instrumente Anwendung, die so in Teilen auch in MiD und JuMiD verwendet werden (vgl. Wetzels et al. 2022a, 2022b).

Einige Skalen, wie etwa die Skala zur Erfassung krisenbezogener Akzeptanz von Autokratie und Demokratieablehnung, wurden in diesem thematischen Block speziell für MiDInt neu entwickelt und in Teilen in der ersten Welle bereits verwendet. Diesbezüglich werden im Folgenden vor allem die relevanten Modifikationen benannt.

Dies gilt auch für die Messung von Nationalismus im Sinne einer Ablehnung nationenübergreifender Verpflichtungen und Kooperationen. Auch diese Skala wurde, basierend auf den Ergebnissen der ersten Welle (vgl. Kleinschnittger & Richter 2023; Kleinschnittger, Richter & Brettfeld 2023) aktuell modifiziert und verbessert.

Die Skala zur Akzeptanz von zivilem Ungehorsam als Protestform, die von kleineren Regelverletzungen bis hin zu strafrechtlich relevanten Formen politisch motivierter Gewalt im Zusammenhang mit Protesten reicht, wurde für die zweite Welle um eine weitere klimarelevante Protestform ergänzt.

Ferner werden eine Reihe von Faktoren, die aus theoretischer Sicht sowie vor dem Hintergrund des bisherigen Forschungsstandes für die Erklärung politisch-extremistischer Einstellungen relevant sind, immer wieder in gleicher Form in die Befragungen einbezogen.

Wichtige Variablen sind in dieser Hinsicht aktuelle und in nächster Zeit von den Befragten erwartete wirtschaftliche und soziale Belastungen, die subjektive Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Situation sowie eine ggfs. bestehende Abhängigkeit von staatlichen Sozialhilfeleistungen.

Erfasst werden ferner - wie auch in den Studien MiD und JuMiD - Erfahrungen kollektiver Marginalisierung der Eigengruppe, das Systemvertrauen bezogen auf staatliche Institutionen, die subjektive Einschätzung der (In)Kompetenzen gesellschaftlicher Entscheidungsträger sowie die Ausprägung und Verbreitung von Verschwörungsmentalität. Im Hinblick auf politische Einstellungen werden außerdem über die sogenannte Sonntagsfrage auch die individuellen Parteipräferenzen erhoben.

Schließlich werden auch ausgewählte soziodemografische Grunddaten erfasst. Dazu gehören - neben Alter, Geschlecht und Bildungsniveau - die deutsche Staatsangehörigkeit, der Migrationsstatus sowie die Religionszugehörigkeit. Diese werden u.a. benötigt, um durch einen Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit die Repräsentativität der erreichten Analysestichprobe einschätzen zu können (vgl. oben). Ferner werden Daten zur regionalen Verortung der Befragten (Bundesland, Ortsgrößenklasse des Wohnortes) erfasst. Neben der Einschätzung der Repräsentativität der quotierten Stichprobe dienen diese Daten auch dazu, die soziale und regionale Verteilung politisch extremistischer Einstellungen in verschiedenen Subgruppen und gesellschaftlichen Milieus genauer beschreiben und analysieren zu können.

4.1 Ereignisbezogene Konstrukte und Messinstrumente: Wahrnehmung und Bewertung international relevanter Geschehnisse

Zum Zeitpunkt der zweiten Welle von MiDInt im Februar 2023 war die Corona-Pandemie deutlich abgeklungen. Besonders relevante Ereignisse und öffentliche Debatten betrafen nun vor allem den seit Februar 2022 andauernden und weiter eskalierenden russischen Angriffskrieg auf die Ukraine (vgl. dazu auch Decker, Yendell, Heller & Brähler 2022).

Die damit assoziierten Entwicklungen wie die Aufrechterhaltung von Gas-, Öl- und Energieversorgung, Lieferengpässe, finanzielle Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine und nicht zuletzt auch der Zuzug geflüchteter Menschen aus der Ukraine waren bereits im November 2022 bedeutsame Fragen.

Zugenommen hatten bis zum Februar 2023 jedoch vor allem die Diskussionen und Kontroversen um die Frage, in welcher Intensität sich Deutschland an Waffenlieferungen in die Ukraine beteiligen sollte. Weiter debattiert wurden die Optionen eines möglichen EU-Beitritts der Ukraine. Diese Themen wurden in der zweiten Welle von MiDInt zusätzlich mit neuen Fragen aufgegriffen.

Weiter wurden mit verschiedenen Krisenszenarien (Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg, Klimakrise, Energieversorgung, zunehmender Zuzug flüchtender Menschen) verbundene *wirtschaftliche Folgen*, insbesondere eine drohende inflationsbedingte Wirtschaftskrise in Verbindung mit möglichen Versorgungsengpässen thematisiert.

Einleitend wurden im Erhebungsinstrument, nach einem Hinweis auf die zahlreichen gegenwärtigen gesellschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen, zunächst *generelle Besorgnisse* thematisiert.

Die Befragten konnten das Ausmaß ihrer Besorgnis in Hinblick auf die Folgen der Klimakrise, den Zuzug von Geflüchteten, einen möglichen Krieg auf deutschem Boden, Preisanstiege, ein mögliches Schrumpfen der deutschen Wirtschaft, mögliche islamistische Gewaltakte sowie dass es zu Gewaltakten gegen geflüchtete Menschen kommen könnte, angeben.

Weiter wurden die Befragten in sechs Fragen gebeten, die Wahrscheinlichkeit dafür einzuschätzen, dass sie innerhalb der nächsten sechs Monate in unterschiedlichen Formen in *wirtschaftliche Schwierigkeiten* geraten werden oder sich ökonomisch einschränken müssen.

Diese Angaben dienen der Messung der subjektiven Antizipation drohender wirtschaftlicher Belastungen in den Bereichen Miete, Heizung- und Stromkosten, Grundnahrungsmittel, Freizeit, Urlaub und Verlust des Arbeitsplatzes, vor dem Hintergrund der aktuellen Krisenerscheinungen und gesellschaftlichen Herausforderungen.

Speziell in Bezug auf die ausklingende Corona-Pandemie wurde - wie bereits in der erste Welle - auch hier nochmals nach dem Ausmaß der Besorgnis bezüglich vier verschiedener Szenarien gefragt.

Thematisiert wurden hier mögliche Schließungen von Schulen und Kitas, ein Zusammenbrechen des Gesundheitssystems, ein Anstieg von Krankenzahlen oder Todesfällen sowie Insolvenzen und Schließungen („Pleiten“) von Unternehmen.

4.1.1 Einstellungen und Meinungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine

Zum Ukraine Krieg wurde zum einen in gleicher Weise, wie bereits in der ersten Welle, erhoben, inwieweit die Befragten Besorgnisse und Ängste im Kontext des Ukraine Krieges äußern in Bezug auf kriegerische Akte, die unmittelbar Deutschland betreffen könnten.

Thematisiert wurden insofern ein militärischer Angriff Russlands auf Deutschland, russische Anschläge auf Einrichtungen in Deutschland sowie der Einsatz von Atomwaffen in Europa.

Zusätzlich zu den direkten *Kriegsängsten* wurden auch Sorgen wegen möglicher *Folgen des Ukrainekrieges* auf das Leben in Deutschland aufgegriffen.

Erhoben wurden hier Sorgen wegen einer möglichen Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland, wegen massenhafter Fluchtbewegungen nach Europa aufgrund fehlender Getreidelieferungen nach Afrika, wegen eines Zusammenbruchs der Energieversorgung in Europa sowie mit Blick auf die Frage, inwieweit Deutschland zu viel Geld für Waffen und Militär ausgibt.

Bezogen auf konkrete politische Maßnahmen wurde erhoben, inwieweit die Befragten den in Deutschland wie auch in anderen Ländern diskutierten und teilweise bereits stattfindenden *Waffenlieferungen an die Ukraine* zustimmen.

Die Fragen reichen hier von einer generellen Ablehnung jeglicher Waffenlieferung über die Akzeptanz einer Genehmigung Deutschlands dafür, dass andere Länder Waffen aus deutscher Produktion an die Ukraine liefern bis hin zu einer Akzeptanz von Waffenlieferungen durch Deutschland selbst. Diese wiederum wurden abgestuft erfasst für Defensivwaffen und für Offensivwaffen (Kampfpanzer, Kampfflugzeuge und Raketen mit großer Reichweite sowie die Lieferung von U-Booten).

Weiter wurde erhoben, inwieweit eine *Entsendung von deutschen Soldaten* in die Ukraine befürwortet wird (von Personal zur Ausbildung ukrainischer Soldaten einerseits sowie von Bodentruppen andererseits).

Abseits von Waffenlieferungen und Truppenentsendungen wurden auch Meinungen im Hinblick auf die Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union erfasst.

Hier wurde erhoben, inwieweit die Befragten eine solche Aufnahme gänzlich ablehnen, einer Aufnahme im normalen üblichen Verfahren, das auch bei anderen Staaten stattfindet, zustimmen oder aber damit einverstanden sind, dass die Ukraine in einem abgekürzten, beschleunigten Verfahren in die EU aufgenommen wird.

4.1.2 Einstellungen zu Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Klimawandels

In Deutschland haben öffentlichkeitswirksame Aktionen, die auf notwendige Maßnahmen im Kontext der weltweiten Klimakrise nachdrücklich aufmerksam machten, im vergangenen Jahr deutlich zugenommen. Dies betrifft z.B. Aktivisten der Gruppe „Last Generation“, die Straßen blockiert, Kunstwerke oder Bauwerke mit Farbe oder anderweitig beschmiert oder sich auf der Straße bzw. an einem Richterpult selbst festgeklebt haben. Proteste, die speziell den Klimaschutz thematisieren waren 2020 und 2021 zunächst etwas abgeebbt und hinter die Auseinandersetzungen mit den Problemen im Kontext der Corona-Pandemie zurückgetreten (vgl. Behrmann, Ihßen & Toewe 2022).

Ab August 2022 kam es jedoch vermehrt wieder zu viel beachteten Aktionen einer Reihe von Gruppen (u.a. „Extinction Rebellion“, „Last Generation“, „Ende Gelände“, „Fridays for Future“), innerhalb derer auch gezielte Formen des öffentlich weithin sichtbaren und medienwirksam inszenierten zivilen Ungehorsams eingesetzt wurden, um auf die als hochgradig drängend erachteten Probleme hinzuweisen. Diese stießen erneut Debatten zu der Frage an, wie eine Absicherung der Energieversorgung einerseits und Klimaschutz andererseits über Technologieentwicklung und den umfassenden Einsatz erneuerbarer Energien anstelle fossiler Energieträger erzielt werden und dabei zugleich Abhängigkeiten von Energieimporten reduziert werden können, was im Kontext des Ukraine-Krieges ganz markant als eine weitere Notwendigkeit erkannt wurde.

Diesbezüglich wurden sowohl die normativ-moralische Akzeptanz unterschiedlicher Regel- und Gesetzesverstöße im Kontext von Protesten zur Sicherung bzw. Herstellung von Klimaschutzmaßnahmen thematisiert als auch die Angemessenheit von politischen Maßnahmen zum Klimaschutz diskutiert, die teilweise weit in den Alltag von Privatpersonen eingreifen können und insofern unterschiedlich radikal anmuten.

Im Hinblick auf die diskutierten, zum Teil sehr weitgehenden politischen Maßnahmen, welche das Ziel einer möglichst raschen und effektiven Begrenzung des weltweiten Temperaturanstiegs verfolgen, wurden die Befragten gebeten, für einige ausgewählte drastische *Klimaschutzmaßnahmen* anzugeben, inwieweit sie diese ihrerseits befürworten.

Erfragt wurde die Einführung eines generellen Tempolimits auf 100 km/h, die Einführung eines aus Steuergeldern finanzierten 9-Euro-Tickets, die Beschränkung der Zulassung von KFZ auf E-

Autos ab 2030, ein Verbot von Inlandsflügen, die Enteignung ungenutzter Landwirtschaftsflächen für den Bau von Windkraftanlagen sowie eine Zusatzsteuer auf Fleischprodukte.

4.2 Akzeptanz von Formen des zivilen Ungehorsams, von Gesetzesverletzungen und Gewalt als Mittel des politischen Protestes

Im Rahmen von Protesten gegen politische Entscheidungen sowie im Kontext des Engagements zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen und Krisen finden sich auch unterschiedliche Formen des zivilen Ungehorsams bis hin zu strafrechtlich relevanter politischer Gewalt.

Insbesondere im Zusammenhang mit Protesten und Aktionen, die das Ziel verfolgen, dass es möglichst schnell zu wirksamen und ggfs. auch einschneidenden Maßnahmen zum Klimaschutz kommt, wurden von Aktivist:innen unterschiedlichster Gruppierungen Formen des Protestes praktiziert, die mit Verkehrsblockaden, Besetzungskaktionen oder der Durchführung verbotener Demonstrationen verbunden waren.

Aktuelle Studien gehen insoweit der Frage nach, inwieweit unter solchen Klimaaktivisten Formen der politischen Radikalisierung bis hin zu Gewaltakzeptanz besonders verbreitet sein könnten. So wurde in einer repräsentativen telefonischen Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, die zwischen Dezember 2021 und April 2022 stattfand, festgestellt, dass Klimaschutz für eine recht große Mehrheit der Bevölkerung relevant ist und dass sich in jüngerer Zeit eine kleine Minderheit insoweit radikalisiert hat. So stimmten 7% der Aussage zu, dass friedliche Mittel zum Klimaprotest nicht ausreichen. Weitere 12% stimmten dem teilweise zu (vgl. Hirndorf 2023).

Es zeigte sich weiter, dass diese 7% der Befragten in erhöhtem Maße Gewalt gegen Sachen befürwortet (so stimmten 17% der Aussage „Sachbeschädigung ist bei der Durchsetzung von politischen Zielen gerechtfertigt“ voll und ganz oder eher zu) im Vergleich zu einer Rate von nur 5% bei den anderen Befragten, die nicht als radikale Klimaaktivisten einzustufen sind. Allerdings sind auch hier Personen mit Gewaltakzeptanz bezogen auf Sachen eine klare Minderheit. Dies ist mit Blick auf personenbezogene Gewalt noch deutlicher. Der Aussage „Gewalt gegen Personen ist bei der Durchsetzung von politischen Zielen gerechtfertigt“ wurde nur von 5% der radikalen Klimaaktivisten voll und ganz zugestimmt. Weitere 8% stimmten dem eher zu. Diese Gesamtrate von 13% für die Akzeptanz personenbezogener politischer Gewalt kontrastiert zwar deutlich mit der entsprechenden Rate von nur 4% bei der Vergleichsgruppe der übrigen Befragten. Insgesamt zeigt sich damit aber auch, dass die weit überwiegende Mehrheit der Klimaaktivisten nicht gewaltaffin ist.

Auch im Kontext der Kontroversen um die Aufnahme und Unterbringung von geflüchteten Menschen ist es, neben direkten Protesten gegen die Einrichtung von Unterkünften für geflüchtete Menschen, zu Formen von Gesetzesverstößen bis hin zu Straftaten gekommen. So hat es zahlreiche Fälle gegeben, in denen Politiker im Internet wegen ihrer Aktivitäten zur Unterstützung von geflüchteten Menschen beschimpft oder mit Gewalt bedroht wurden. Ferner ist es mehrfach dazu gekommen, dass im Gefolge nächtlicher Aufmärsche Protestierende sich vor den Privatwohnungen von Politiker versammelten und diese lautstark beschimpften oder bedrohten (vgl. Eberspach, Bitschnau & Kemmesies).

Die Erhebungen in MiDInt zielen darauf ab, die Verbreitung der **Akzeptanz von Normverletzungen im Kontext von Protesten**, die als *ziviler Ungehorsam* aber auch als *Straftaten* bis hin zu *Formen der Gewalt* eingeordnet werden können, genauer zu bestimmen. Weiter ist beabsichtigt, deren Wandel im Zeitverlauf zu betrachten und relevante diesbezügliche Einflussgrößen zu identifizieren.

Dazu wurde in der ersten Welle von MiDInt erstmals eine neu konzipierte Itematterie von insgesamt sechs Fragen verwendet. Diese wurde auch in der zweiten Welle wieder eingesetzt. Hier können die Befragten auf einer Skala von „finde ich völlig falsch“ (-3) bis „finde ich völlig richtig“ (+3) Bewertungen verschiedener Formen von Protest und

Regelverletzung abgegeben. In der zweiten Welle wurde diese Skala um ein siebtes Item ergänzt.

Die Befragten werden hier um ihre Einschätzung bzgl. der Teilnahme an einer gerichtlich verbotenen Demonstration, der Besetzung eines öffentlichen Gebäudes, der Blockade des Straßenverkehrs, anonymer Gewaltdrohungen gegen Politiker im Internet, nächtlicher Versammlungen vor dem Privathaus von Politikern verbunden mit deren lauter Beschimpfung sowie der Teilnahme an Demonstration gegen die Eröffnung einer Flüchtlingsunterkunft. Neu eingefügt wurde ein siebtes Item („sich an einen Baum festketten, um ein Bauvorhaben zu verhindern“).

4.3 Autokratieakzeptanz und Nationalismus, sowie Intoleranz gegenüber Fremdgruppen und Minderheiten als zentrale abhängige Variablen

Im Hinblick auf die Einstellungen zu Demokratie und Formen von Intoleranz wird in MiDInt zum Teil auf Items und Konstrukte zurückgegriffen, die bereits in den Studien MiD 2021 und 2022 sowie JuMiD 2022 verwendet wurden (vgl. dazu Brettfeld et al. 2021b, Fischer et al. 2023 und Farren et al. 2022).

Phänomenübergreifend wurden darüber hinaus für die erste Welle von MiDInt zwei Skalen neu entwickelt, die in Teilen auch in der zweiten Welle von MiDInt Verwendung finden. Über diese werden Einstellungen im Sinne der *Befürwortung einer autokratischen Staatsorganisation* sowie die *Zustimmung zu einer nationalistischen Politik* erfasst.

Die Items der Skala zur Erfassung von Autokratieakzeptanz wurden so gestaltet, dass die Ablehnung demokratischer Prinzipien mit der aktuellen Lage bzw. mit Krisenphänomenen begründet wird. Insofern handelt es sich hier um eine „*krisenbezogene Autokratieakzeptanz*“. Insgesamt besteht die Skala aus sechs Items. Dies gestattet es, spezifische Tendenzen einer Abkehr von demokratischen Entscheidungsfindungsprozessen vor dem Hintergrund bedrohlicher Entwicklungen und nationaler sowie internationaler Krisen direkt zu erfassen und insofern über korrelative Befunde zwischen entsprechenden Wahrnehmungen und Indikatoren für Demokratiedistanz hinauszugehen. Dabei wurde in der zweiten Welle darauf geachtet, dass in den Items die Begrifflichkeiten „Krise“ oder „Bedrohung“ nicht verwendet werden, sondern stets auf die „*aktuelle Lage*“ oder die „*heutige Zeit*“ Bezug genommen wird, deren weitere Bewertung insoweit also nicht Gegenstand des Inhalts dieser Items ist.

Erhoben wurden Zustimmung bzw. Ablehnung zu einer Reduzierung des Einflusses des Bundestages im Interesse einer starken politischen Führung, die Zustimmung zu der Aussage, dass in der aktuellen Lage eine „Diktatur die bessere Staatsform“ sei, und zu der Aussage, dass in der aktuellen Lage der Staat einen Führer benötigt, „der das Land mit starker Hand regiert“.

Neben diesen Aspekten der Reduzierung des Einflusses der Legislative zugunsten der Exekutive und der Etablierung einer autokratischen Führung wurden Zustimmungen zur Einschränkung des Rechtsstaatsprinzips und der Gewaltenteilung (Handlungsfähigkeit der Regierung darf in der aktuellen Lage „nicht durch Gerichte eingeschränkt“ werden) sowie die Ablehnung von Opposition und Meinungsvielfalt erfasst (Längere politische Debatten und Meinungsvielfalt „können wir uns aktuell nicht leisten“).

Diese fünf Items bilden die Skala „Autokratieakzeptanz“. Ergänzend wurde in einem weiteren Einzelitem die Präferenz für durchsetzungsfähige und entscheidungsfreudige Politiker erfasst („...Politiker, die sich trauen, auch alleine Entscheidungen durchzusetzen.“), ohne einen Bezug zu Ablehnung von Meinungsvielfalt, Gewaltenteilung oder Diktatur und parlamentarischer Beteiligung herzustellen.

Für die Skala „*nationalistische Einstellungen*“ wurden teilweise Fragen des International Social Survey Program (ISSP 2013) verwendet, in denen Haltungen zu transnationaler wirtschaftlicher und politischer Kooperation und zur wechselseitigen politischen

Abstimmung zwischen Deutschlands und anderen Ländern oder zu nationenübergreifenden Zusammenschlüssen und Allianzen wie auch zur Unterstützung anderer Länder thematisiert werden.

Erhoben wurde dazu in der ersten Welle u.a. Haltungen zu den Aussagen, dass Deutschland seine Politik mit anderen Ländern abstimmen und keine Alleingänge machen sollte und dass Deutschland möglichst viele Handelsbeziehungen zu Ländern außerhalb Europas haben sollte. Diese beiden positiven Statements zu internationaler Zusammenarbeit und Abstimmung wurden in der zweiten Welle so nicht mehr verwendet. Ebenso wurden Aussagen dahingehend, dass Ausländern in Deutschland nicht gestattet sein sollte, Grundbesitz zu erwerben und dass deutsche Filme im Fernsehen bevorzugt werden sollten, in der ersten Welle verwendet, in zweiten Welle aber nicht weiter eingesetzt. Ausgenommen wurden in der zweiten Welle auch Angaben zu der Aussage, dass internationale Konzerne deutschen Firmen vor Ort schaden und dass internationale Organisationen den Handlungsspielraum der deutschen Regierung zu stark einschränken, die gleichfalls in der ersten Welle noch eingesetzt wurden.

Die Skala Nationalismus wurde für die zweite Welle insofern dahingehend umgestaltet, dass sie sich auf die Erfassung einer Befürwortung von Formen der Politikgestaltung konzentriert, in welcher nationale Interessen ein Primat besitzen (im Sinne von „Germany first“), was damit verbunden ist, dass Zusammenarbeit mit Blick auf internationale Gemeinschaftsinteressen, wie etwa europäische Integration, politische Gesamtinteressen und Kooperationen, nur unter kurzfristigen nationalen Nützlichkeitsaspekten bewertet werden.

Ausländerfeindlichkeit oder Fremdenfeindlichkeit sind insoweit nicht Gegenstand dieser Skala. Die bezeichnen ein unabhängig davon bestehendes eigenständiges Phänomen der Akzeptanz von Ungleichbehandlung und Intoleranz.

Die Skala Nationalismus besteht in der zweiten Welle aus insgesamt acht Items, von denen die Aussagen „Deutschland sollte die Einfuhr ausländischer Produkte beschränken, um seine eigene Wirtschaft zu schützen“ und „Deutschland sollte seine eigenen Interessen verfolgen, auch wenn dies zu Konflikten mit anderen Ländern führt“ so bereits in der ersten Erhebung zu MiDInt Verwendung gefunden haben. Weiter wurde die Tendenz zu einer Betonung der nationalen wirtschaftlichen Interessen durch das Item „Wir sollten darauf achten, nur in Deutschland produzierte Produkte zu kaufen“ erhoben. Ferner wurde die Betonung eines Primats der eigenen nationalen Interessen unter Hintanstellung der Interessen anderer Länder durch folgende Items erfasst: „Die Politik in Deutschland sollte sich mehr um die eigenen Bürger kümmern und weniger um andere Länder“, „Bei staatlichen Aufträgen sollten bei uns deutsche Firmen bevorzugt werden“, „Deutschland sollte sich nur international engagieren, wenn das vorteilhaft für uns ist.“ sowie „Deutschland sollte seine eigene Politik machen, auch wenn andere Länder das anders sehen“.

Unabhängig von spezifischen politischen Ideologien wurden auch intolerante Haltungen gegenüber bzw. Abwertungen von Fremdgruppen und Minderheiten gemessen. Dies betrifft - über die in Surveyexperimenten in der zweiten Welle thematisierten Konstrukte der Muslimfeindlichkeit und der Einstellungen gegenüber geflüchteten Menschen hinaus - die Konstrukte *Ausländerfeindlichkeit* und *Antisemitismus*.

Hierzu wurden in der zweiten Welle jeweils vier Items eingesetzt, die teilweise bereits in der ersten Welle der MiDInt-Erhebung zur Anwendung kamen.

Zur Erfassung von *Ausländerfeindlichkeit* wurden drei ablehnende Haltungen thematisierende Fragen („Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland“, „Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“, „die Vermischung so vieler Menschen verschiedener Kulturen in Deutschland kann nicht gut gehen“) mit einem positiv konnotierten Item („Ausländer bereichern Deutschland durch neue Ideen und Kulturen“) verknüpft. Alle diese Items wurden so auch in der ersten Welle erhoben.

Antisemitische Einstellungen wurden gleichfalls über vier Fragen operationalisiert. Neben den bereits in der ersten Welle eingesetzten Items „Juden haben zu viel Einfluss in Deutschland“, „Die Juden sind durch ihr Verhalten selbst schuld daran, wenn man schlecht über sie denkt“ und dem positiv formulierten Item „Juden sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland“ wurde in der zweiten Welle zusätzlich das Item „Juden kann man nicht trauen“ erhoben.

4.4 Einflussfaktoren auf individueller und sozialer Ebene

Extremismusaffine Einstellungen oder mit aktuellen Krisen und Ereignissen im Weltgeschehen assoziierte Sorgen und Bedrohungsgefühle können durch die individuelle Einschätzung der Kompetenzen und der Handlungsfähigkeit staatlicher Akteure sowie durch das Vertrauen, das diesen entgegengebracht wird, stark beeinflusst werden (vgl. dazu u.a. Brettfeld & Wetzels 2022a, 2022b; Fischer et al. 2022; Wetzels & Brettfeld 2022; Wetzels et al. 2022a, 2022b).

Um diese Konstrukte zu erfassen wurde für MiDInt auf eine - leicht angepasste - Itembattery zur Erfassung des **Systemvertrauens** zurückgegriffen, die in ähnlicher Weise auch in MiD verwendet wurde (vgl. Brettfeld et al. 2021a; Fischer et al. 2023).

Mit diesen Items wird das allgemeine Vertrauen in staatliche Institutionen wie die Gerichtsbarkeit, die Polizei, die politischen Parteien, die Regierung und die staatlichen Behörden gemessen. Ergänzend wurde auch das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien erfasst, das auch mit Blick auf die Ausprägung von Verschwörungsmentalitäten relevant ist.

Des Weiteren wurden die Befragten um eine Einschätzung der **Kompetenzen der Entscheidungsträger** aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen gebeten.

Die hier eingesetzten Items thematisieren ein Desinteresse von Entscheidungsträgern an den Problemen der einfachen Leute, ihre mögliche Unfähigkeit zur Bewältigung aktueller Probleme, ein Handeln gegen die Interessen der Bevölkerung sowie die Annahme, dass Entscheidungsträger in unserem Land nur reden aber keine Probleme lösen.

Erfasst wurden ferner auch Ausprägungen der **Erfahrung kollektiver Marginalisierung** der Eigengruppe, d.h. das Maß, in dem die Befragten wahrnehmen, dass sie zu einer sozialen Gruppe gehören, die systematisch durch Behörden und Politik in Deutschland benachteiligt werden.

Nach der Einleitung „Menschen wie ich...“, über welche der Bezug zur selbstdefinierten subjektiven Gruppenzugehörigkeit hergestellt wird, wurde erfasst, inwieweit nach Ansicht der Befragten, Menschen ihrer Gruppe von der Politik nicht ernst genommen, von Behörden respektlos behandelt, von der Polizei unfair behandelt und bei Sozialleistungen benachteiligt werden. In der zweiten Welle zusätzlich aufgenommen wurde ein Item, das eine ungerechte Behandlung vor Gericht thematisiert.

Weiter wurde erhoben, inwieweit die Befragten eine Neigung zur **Akzeptanz von Verschwörungsnarrativen** (Verschwörungsmentalität) zeigen. Dazu wurden insgesamt fünf Items zur Erfassung der verschwörungstheoretisch konnotierten Delegitimation von Politik, Medien und Wissenschaft verwendet (vgl. Wetzels & Brettfeld, 2022).

Diese Skala misst eine nicht auf spezifische Verschwörungserzählungen begrenzte, generalisierte Verschwörungsmentalität, die als zentralen Bestandteil eine implizite generalisierte Negativbewertung von Eliten enthält (vgl. dazu auch Nachtwey, Schäfer & Frei 2020; Lamberty & Rees 2021; Rees & Lamberty 2019).

4.5 Survey-Experiment zu Einstellungen gegenüber Flüchtlingen und dem Einfluss öffentlicher Verlautbarungen durch Politik und Zivilgesellschaft

In Deutschland ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in den 2000er Jahren erheblich gewachsen. Zwischen 2005 und 2021 stieg deren Anteil an der Wohnbevölkerung von 17.9% auf über 27% (Statistisches Bundesamt 2022a). Dies steht in einem engen Zusammenhang mit deutlichen Zunahmen der wegen Flucht aufgrund von Krieg, Bürgerkrieg und/oder politischer Verfolgung nach Deutschland eingereisten Menschen.

Seit dem Jahr 2015 haben über 2.1 Millionen Menschen in Deutschland erstmalig Asyl beantragt (BAMF 2022). Die Zahl der anerkannten Schutzsuchenden hat sich in diesem Zeitraum von einer auf fast zwei Millionen verdoppelt (Statistisches Bundesamt 2022b). Ab Februar 2022 ist es im Gefolge des Ukraine-Krieges zu einem weiteren erheblichen Anstieg des Zuzugs geflüchteter Menschen nach Deutschland gekommen. Seitdem hat sich die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen mit einer ukrainischen Staatsbürgerschaft versiebenfacht. Ende 2022 lebten fast 1 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer in Deutschland (Statistisches Bundesamt 2022c).

Am 28.12.2023 berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung unter Bezug auf eine Aussage des Sprechers des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), dass auch im Jahr 2023 weiterhin viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen würden und ein steigender "Migrationsdruck" an den EU-Außengrenzen bestünde (vgl. dazu www.faz.net/aktuell/politik/fast-eine-million-asylbewerber-in-der-eu-18562057.html). Insofern war auch Anfang 2023 damit zu rechnen, dass in den nächsten Monaten viele Menschen nach Europa, insbesondere nach Deutschland fliehen, um Schutz zu suchen.

Zwar verweist das vom Sachverständigenrat für Integration und Migration veröffentlichte Integrationsbarometer darauf, dass sich das Integrationsklima in den letzten Jahren verbessert habe (SVR 2022). Befunde der Leipziger Autoritarismus Studie (Decker et al. 2022) zeigen allerdings auch, dass im Gefolge der ersten Flüchtlingskrise im Jahr 2015 manifest ausländerfeindliche Haltungen, die bis 2014 stetig rückläufig waren, bis zum Jahr 2018 sukzessive wieder deutlich angestiegen sind, von 17.7% (2014) über 19.7% (2016) auf 23.4% im Jahr 2018. Danach beruhigte sich die Situation in dieser Hinsicht etwas mit einem Rückgang auf 16.5% im Jahr 2020. Allerdings fanden sich hier beträchtliche Differenzen zwischen West (13.7% und Ost (27.8%). Im Gefolge des Ukraine-Krieges und der neuerlichen Anstiege geflüchteter Menschen nahmen danach aber ausländerfeindliche Ressentiments vor allem im Osten Deutschlands wieder ganz deutlich zu. Die Raten beliefen sich im Jahr 2022 auf 33.1% im Osten, während sie im Westen mit 12.6% weiter niedrig blieben. Forschungsarbeiten speziell zu geflüchteten Menschen weisen zudem darauf hin, dass der Zuzug geflüchteter Menschen von einem erheblichen Teil der Bevölkerung als Risiko wahrgenommen wird (Reinhardt und Frings 2020).

Das Thema Flucht und damit verbundenen Fragen des Rückhalts für die Aufnahme Geflüchteter seitens der Bevölkerung werden auch längerfristig eine hohe Relevanz besitzen.

4.5.1 Ergebnisse des Surveyexperiments in Welle 1 zu Einflüssen öffentlicher Verlautbarungen auf Einstellungen der Bevölkerung zu Flüchtlingen

Vor diesem Hintergrund war bereits in der ersten Welle von MiDIInt im November 2022 dem Thema Flucht und geflüchtete Menschen ein zentraler Stellenwert eingeräumt worden. Es wurden spezielle Befragungselemente integriert, um Einstellungen zu geflüchteten Personen und zu den Maßnahmen für deren Aufnahme und Unterstützung genauer zu untersuchen.

Neben einer Beschreibung der Einstellungen der Bevölkerung zur Aufnahme weiterer Flüchtlinge in Deutschland, zu Flüchtlingen selbst sowie zu Maßnahmen der Unterstützung von Geflüchteten sollte weiter analysiert werden, ob und in welchem Ausmaß öffentliche Verlautbarungen zu diesem Thema in Form von Stellungnahmen und Bewertungen seitens wichtiger Repräsentanten zivilgesellschaftlicher oder politischer Institutionen - die es 2022 wie auch zu Anfang 2023 recht häufig und in sehr unterschiedlichen Formen tatsächlich gegeben hatte - die Einstellungen der Bevölkerung in dieser Hinsicht systematisch in

relevantem Ausmaß beeinflussen. Die Frage nach den Wirkungen politischer Kommunikation auf die Einstellungen der Bevölkerung zu Flüchtlingen war im November 2022 in der ersten Welle von MiDInt Gegenstand eines ersten Survey-Experiments.

Im Rahmen dieses ersten Experimentes waren die Befragten randomisiert (zufällig) einer von sechs Teilgruppen zugeordnet worden. Es handelte sich um fünf Experimentalgruppen (Split 1-5) und eine Kontrollgruppe (Split 6).

Den Personen in den Splits 1 bis 5 war eine fiktive Meldung bezüglich zunehmender Fluchtbewegungen nach Europa und die daraus resultierende Notwendigkeit, Vorbereitungen für die Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen zu treffen, vorgelegt worden.

In den Splits 1 bis 4 wurde den Befragten zusätzlich zu dieser Meldung jeweils eine kommentierende, explizit wertende Äußerung eines zivilgesellschaftlichen oder politischen Akteurs präsentiert. Zwei dieser Kommentare begrüßten die Aufnahme von Flüchtlingen und sahen darin positive Entwicklungen in verschiedenen Bereichen, die zwei anderen Kommentare sahen die Aufnahme weiterer Flüchtlinge kritisch und bewerten sie negativ:

In Split 1 wurde der Zuzug von Geflüchteten durch die Arbeitgeberverbände begrüßt und als Zukunftsinvestition und Möglichkeit der Kompensation des Fachkräftemangels bewertet.

In Split 2 kommentierte Amnesty International den Zuzug von Geflüchteten positiv mit Verweis auf die Wahrung von Humanität und Menschenrechten, verbunden mit der Erklärung, dass Deutschland diese Herausforderungen bewältigen werde.

In Split 3 erklärten zahlreiche Kommunen, dass sie mangels Wohnraumkapazitäten eine menschenwürdige Unterbringung nicht mehr gewährleistet sei und sie deshalb keine Flüchtlinge mehr aufnehmen zu könnten.

In Split 4 verwies die AfD auf eine Destabilisierung und Überfremdung Europas und die Notwendigkeit der umgehenden Schließung der Grenzen, um eine unregelmäßige Masseneinwanderung nach Deutschland und in unsere Sozialsysteme zu verhindern.

Befragte in Split 5 erhielten neben der oben dargestellten Meldung über den erwarteten Zuzug von Flüchtlingen keine weitere kommentierende Stellungnahme.

Die Befragten aus Split 6 bildeten die Kontrollgruppe; ihnen wurde weder die Meldung über den Zuzug von Flüchtlingen noch ein diesbezüglicher Kommentar präsentiert.

Nach einem sogenannten Manipulation Check (die Befragten aus Split 1 bis 4 wurden hier gefragt, wer die ihnen vorgelegte Nachricht kommentiert hatte, um zu erkennen, ob sie die jeweiligen Vignetten tatsächlich wahrgenommen hatten und erinnern konnten) beantworteten die Befragten aller 6 Splits dieselben Fragen zu ihren ***Einstellungen gegenüber Geflüchteten und zu ausgewählten unterstützenden Maßnahmen für Flüchtlinge***.

Einstellungen zu geflüchteten Menschen wurden über drei Aussagen erhoben, in denen geflüchtete Personen als Quelle von Belastungen oder Bedrohungen thematisiert werden („Flüchtlinge bedrohen unsere Lebensweise und unsere Werte“; „Durch Flüchtlinge kommen hauptsächlich mehr Gewalttäter in unser Land“; „Flüchtlinge schaden unserer Wirtschaft“).

Einstellungen zu Unterstützungsmaßnahmen für Geflüchtete wurden ebenfalls über drei Aussagen erhoben. Hierzu wurde erfasst, inwieweit die Befragten einer unbürokratischeren Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen Geflüchteter, einer schnelleren Einbürgerung geflüchteter Menschen sowie der Bereitstellung von Wohnraum für Geflüchtete in ihrem eigenen Wohnumfeld zustimmen.

Im Ergebnis zeigte sich, dass die negativen Statements der Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sowie der AfD keine signifikanten Auswirkungen auf die Einstellungen zu geflüchteten Menschen hatten. Weder wurden dadurch negative Etikettierungen signifikant verstärkt noch wurden Maßnahmen zur Integration Geflüchteter stärker abgelehnt.

Hier ist allerdings unklar, inwieweit es sich hier um sogenannte „Deckeneffekte“ handelt. Die Quote ablehnender Haltungen gegenüber Flüchtlingen war in der Kontrollgruppe bereits recht hoch, was durch die negativen Kommentierungen möglicherweise nicht mehr gesteigert werden konnte. Denkbar ist weiter, dass Reaktanzphänomene aufgetreten sein könnten. Die Mehrheit der Befragten waren nicht Anhänger der AfD. Sie reagierten evtl. auf ein entsprechendes Statement, was mit der AfD assoziiert wird, in Teilen in genau die entgegengesetzte Richtung im Sinne einer besonders akzentuierten Ablehnung von Ansichten, die mit der AfD verbunden werden. Die Vertreter der Kommunen wiederum äußerten sich nicht ablehnend gegenüber Flüchtlingen, sondern beschrieben lediglich eine Grenze ihrer Kapazitäten zu deren angemessener Versorgung. Insoweit konnte diese Frage möglicher Effekte negativer, ablehnender Kommentierungen auf Einstellungen zu Geflüchteten mit dem vorliegenden Experiment noch nicht zureichend geklärt werden.

Weiter fanden sich deutliche, signifikante Effekte der positiven Statements, die von Amnesty International und von den Arbeitgeberverbänden kamen.

Hinweise von Seiten der Arbeitgeberverbände auf den wirtschaftlichen Nutzen des Zuzugs von Flüchtlingen und die damit verbundenen Optionen eines Beitrags zur Lösung des Problems des Fachkräftemangels sowie Verweise auf die günstigen Wirkungen des Zuzugs junger Menschen für das Rentensystem führten zu einer positiveren Einstellung gegenüber Geflüchteten im Sinne dessen, dass Flüchtlinge in signifikant geringerem Maße (Differenz vom 7 Prozentpunkten) als schädlich für die deutsche Wirtschaft angesehen wurden. Tendenziell zeigte sich auch ein positiver Effekt auf Einstellungen im Sinne dessen, dass die Auffassung, Flüchtlinge würden unsere Lebensweise und Werte in Deutschland bedrohen, im Vergleich zur Kontrollgruppe um 6 Prozentpunkte niedriger ausfiel.

Die wertende Stellungnahme von Amnesty International, in der auf die international verbrieften Menschenrechte schutzsuchender Personen verwiesen wurde, also auf eine normativ-moralische Pflicht, verbunden mit einer optimistischen Feststellung, dass Deutschland dies kann und dafür auch in der Bevölkerung Unterstützungsbereitschaft besteht, führte zu einer Reduzierung der mit Flüchtlingen assoziierten negativen Wahrnehmung als Bedrohung der eigenen Werte und Lebensweise um 6 Prozentpunkte. Ein solches positives, normativ-optimistisches Statement von Amnesty International bewirkte zudem eine signifikante Steigerung der Akzeptanz einer schnellen und unbürokratischen Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen von Flüchtlingen um etwa 5 Prozentpunkte.

Insgesamt zeigte sich, dass bei einem völligen Fehlen positiv wertender, optimistischer Stellungnahmen gesellschaftlicher Institutionen zu einem erhöhten Zuzug geflüchteter Menschen bei einem sehr großen Teil der Bevölkerung erhebliche Ressentiments gegen geflüchtete Menschen zu erkennen waren: So stimmten ohne solche positiven Statements 44.9% der Befragten der Aussage zu, dass Flüchtlinge unsere Werte und Lebensweise in Deutschland bedrohen. 45% waren der Ansicht, dass Flüchtlinge der Wirtschaft mehr schaden als nutzen und 38.7% lehnten eine unbürokratischere Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen der geflüchteten Menschen durch deutsche Behörden ab. Positive Statements der Arbeitgeberverbände und von Amnesty International konnten diese Ressentiments erheblich reduzieren.

Keine Effekte zeigten sich mit Blick auf die Einschätzung von Geflüchteten als einem potentiellen Problem für die innere Sicherheit (Geflüchtete als Gewalttäter). Weiter waren mit Blick auf politische Maßnahmen keinerlei Auswirkungen auf die Akzeptanz einer schnelleren Einbürgerung zu erkennen und auch die Akzeptanz einer Schaffung von

Wohnraum für Geflüchtete im eigenen Umfeld der Befragten konnte darüber nicht signifikant verbessert werden.

4.5.2 Zielsetzung und Design des ergänzenden Folgeexperiments in Welle 2

Eine wichtige Grenze des Experiments in der ersten Welle lag u.a. darin, dass die genannten positiven Statements ausschließlich durch Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen erfolgt waren. Unklar blieb insoweit, ob positive Bewertungen und optimistische Einschätzungen durch verantwortliche Politiker und Amtsträger auf Bundesebene vergleichbare Effekte zeitigen können. Weiter wurden im ersten Experiment keine konkreten Personen benannt, sondern abstrakt auf Äußerungen von Institutionen verwiesen. In der realen politischen Kommunikation treten indessen in der Regel konkrete Personen als Vertreter der betreffenden Institutionen auf, deren Wirkung vermutlich auch erheblich von dem Ausmaß der ihnen zugeschriebenen Kompetenzen, Integrität und Objektivität beeinflusst wird.

Um diese offen gebliebenen Fragen zu klären, wurde im Anschluss an das erste Experiment in die zweite Welle von MiDIInt ein daran anknüpfendes Folgeexperiment integriert. Dieses ist im Hinblick auf das grundlegende Design genauso gestaltet, wie das Experiment in Welle 1. Die Befragten wurden auch in Welle 2 per Zufall in 6 Gruppen (Split 1 - Split 6) eingeteilt.

Den Personen in den Splits 1 bis 5 wurde - wie auch schon im ersten Experiment - eine fiktive Meldung bezüglich zunehmender Fluchtbewegungen nach Europa und die daraus resultierende Notwendigkeit, Vorbereitungen für die Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen zu treffen, vorgelegt.

In den Splits 1 bis 4 wurde den Befragten zusätzlich zu dieser Meldung jeweils eine kommentierende, explizit positiv wertende Äußerung präsentiert. Eine dieser positiv wertenden Äußerungen bezieht sich auf die positive Einordnung eines vermehrten Flüchtlingszuzugs als Zukunftsinvestition, die einen günstigen Beitrag zur Bewältigung von Arbeitskräftemangel zu leisten vermag.

In Split 1 erfolgte diese Kommentierung durch den Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

In Split 3 erfolgte eine solche Kommentierung in exakt gleichem Wortlaut durch den Bundeswirtschaftsminister.

Eine weitere positiv wertende Äußerung bezieht sich auf die Notwendigkeit der Wahrung von Humanität und Menschenrechten, verbunden mit der positiven Einschätzung, dass Deutschland dies kann, gekoppelt mit einem Verweis auf die große Unterstützungsbereitschaft der deutschen Bevölkerung.

In Split 2 erfolgte diese Kommentierung durch den Generalsekretär von Amnesty International.

In Split 4 stammt die wortgleiche Kommentierung vom Bundespräsidenten.

Befragte in Split 5 erhielten neben der oben dargestellten Meldung über den erwarteten Zuzug von Flüchtlingen keine weitere kommentierende Stellungnahme.

Die Befragten aus Split 6 bildeten die Kontrollgruppe; ihnen wurde weder die Meldung über den Zuzug von Flüchtlingen noch ein diesbezüglicher Kommentar präsentiert.

Im Anschluss an die Vignetten wurden die Personen aus Split 1 - 4 gebeten anzugeben, wer die präsentierte Nachricht zur Vorbereitung einer erneuten Aufnahme einer großen Anzahl an Flüchtlingen soeben kommentiert hat. Diese Kontrollfrage dient der Prüfung, inwieweit die geschilderten Vignetten tatsächlich gelesen und richtig erinnert wurden.

Im Anschluss daran beantworteten die Befragten aller 6 Splits dieselben Fragen zu ihren ***Einstellungen gegenüber Geflüchteten und zu ausgewählten unterstützenden Maßnahmen für Flüchtlinge***.

Einstellungen zu geflüchteten Menschen wurden über drei Aussagen erhoben, in denen geflüchtete Personen als Quelle von Belastungen oder Bedrohungen thematisiert werden („Flüchtlinge bedrohen unsere Lebensweise und unsere Werte“; „Durch Flüchtlinge kommen hauptsächlich mehr Gewalttäter in unser Land“; „Flüchtlinge schaden unserer Wirtschaft“).

Einstellungen zu Unterstützungsmaßnahmen für Geflüchtete wurden ebenfalls über drei Aussagen erhoben. Hierzu wurde erfasst, inwieweit die Befragten einer unbürokratischeren Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen Geflüchteter, einer schnelleren Einbürgerung geflüchteter Menschen sowie der Bereitstellung von Wohnraum für Geflüchtete in ihrem eigenen Wohnumfeld zustimmen. Weiter wurde die Aussage „Wir sollten in Deutschland keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen“ vorgelegt.

Alle Befragten wurden ferner gebeten die Fähigkeiten der vier kommentierenden Personen (Präsident der Arbeitgeberverbände, Generalsekretär von Amnesty International, Bundeswirtschaftsminister und Bundespräsident), die Auswirkungen einer Aufnahme weiterer Flüchtlinge richtig beurteilen zu können, auf einer Skala von 1 (gar keine Fähigkeiten) bis 6 (sehr hohe Fähigkeiten) einzuschätzen.

4.6 Survey-Experiment zu muslimfeindlichen Einstellungen in Folge der Wahrnehmung von Menschenrechtsverletzungen und Protesten im Iran und in Afghanistan

Im Rahmen der zweiten Welle von MiDIInt wurde in einem weiteren Experiment der Frage nachgegangen, inwiefern die Konfrontation mit Menschenrechtsverletzungen, darunter insbesondere auch Frauenrechtsverletzungen, die in einem islamisch geprägten Land geschehen und in Deutschland öffentlich debattiert werden, zur Entwicklung bzw. Steigerung muslimfeindlicher Einstellungen bezogen auf in Deutschland lebende Muslime führen können.

Muslimfeindliche Haltungen stellen nach allen vorliegenden Befunden ein für Deutschland in mehrfacher Hinsicht relevantes Problem dar. Zum einen werden damit Ausgrenzungserfahrungen von Muslimen innerhalb Deutschlands angesprochen, die normativ unter Bezug auf allgemeine Gleichheitsgebote so nicht akzeptabel sind. Im Jahr 2021 äußerten z.B. in der ersten Welle der Studie „Menschen in Deutschland“ fast zwei Drittel der Befragten mit muslimischer Religionszugehörigkeit, dass sie wegen ihrer Religion in den letzten 12 Monaten diskriminiert worden seien (Wetzels et al. 2022a, S. 18). Auch wenn Muslime in Deutschland insgesamt eine Minderheit darstellen (nur etwa 6% bis 7% der deutschen Bevölkerung ordnen sich einer der islamischen Glaubensrichtungen zu, vgl. Pfündel et al. 2021), ist mit einer solch weiten Verbreitung von Diskriminierungserfahrungen in dieser Gruppe ein auch in absoluten Zahlen recht erhebliches Problem angesprochen.

Zum anderen zeigen unsere Befunde aus dem Jahr 2021, dass solche Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit Faktoren darstellen, die innerhalb der betroffenen Gruppe auch zum Verlust von Vertrauen in staatliche Institutionen sowie zu

Demokratiedistanz und einer politischen Radikalisierung, u.a. auch in Form islamistischer Radikalisierung, beitragen können (vgl. z.B. Wetzels et al. 2022a, 2022b).

Innerhalb des MOTRA-Forschungsvorhabens der UHH konnte auf Basis der ersten Welle der repräsentativen Studie „Menschen in Deutschland“ (MiD) gezeigt werden, dass ein nicht unerheblicher Teil der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland Haltungen erkennen lässt, die als Muslimfeindlichkeit bzw. Ressentiments gegenüber in Deutschland lebenden Muslimen eingeordnet werden können (vgl. Wetzels et al. 2022a, S. 43). So sprachen sich z.B. 15.3% der Befragten in der Erhebung des Jahre 2021 dagegen aus, dass auch Muslime ihre Religion in Deutschland frei ausüben dürfen. 30.8% waren der Ansicht, dass man aufpassen muss, dass Deutschland kein islamisches Land wird.

Die Befunde der Leipziger Autoritarismusstudie unterstreichen, dass Muslimfeindlichkeit in Deutschland auch im Jahr 2022 weit verbreitet war. So gaben in Westdeutschland 23.6% und in Ostdeutschland 46.6% der Befragten an, Muslimen sollte der Zuzug nach Deutschland untersagt werden (vgl. Decker et al. 2022, S. 71 f.). Muslime wurden zudem von vielen Menschen als Bedrohung wahrgenommen. So gaben im Osten 42.7% und im Westen 36.6% der Befragten an, dass sie sich wegen der vielen Muslime in Deutschland, wie Fremde im eigenen Land fühlen (vgl. Decker et al. 2022, S. 72).

Auch Befunde aus der ersten Welle von MiDInt im November 2022 unterstreichen dies (vgl. Wetzels et al. 2023; Kleinschnittger & Richter 2023). Völlige Zustimmung zu der Aussage, dass es in Deutschland zu viele Muslime gebe, äußerten 25.1% (eher zustimmend äußerten sich 31.0%). Der Aussage, dass Muslime ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft sind und zu Deutschland gehören, stimmten 23.7% gar nicht zu (eher nicht zustimmend äußerten sich hier 30.8%). 18.7% stimmten der Aussage „Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land“ völlig zu (eher zustimmend artikulierten sich hier 24.8%). Damit ließen sich etwa die Hälfte der Befragten als zumindest teilweise muslimfeindlich einordnen.

Vor dem Hintergrund dieser Daten und Befunde kommt der Frage möglicher Einflussfaktoren, die für die Entwicklung von Muslimfeindlichkeit relevant sind, eine hohe Bedeutung zu.

Ausgangspunkt des Experimentes zur Muslimfeindlichkeit in der zweiten Welle von MiDInt waren zum einen Forschungsbefunde der Studie „Menschen in Deutschland 2021“. Hier konnten wir in einem natürlichen Experiment zeigen, dass wahrgenommene Geschehnisse im Ausland (hier bewaffnete Konflikte und tödliche Gewalt zwischen Palästinensern und Israelis in Gaza) Auswirkungen auf die Verbreitung von antisemitischen Vorurteilen auf nationaler Ebene in Deutschland haben können (Richter et al. 2022). Damit konnte die grundsätzliche Existenz eines Wirkprozesses im Sinne der Effekte der Wahrnehmung internationaler Geschehnisse auf nationale Radikalisierungsprozesse exemplarisch gezeigt werden.

Ein weiterer Anknüpfungspunkt des Experiments sind Befunde aus der ersten Welle von MiDInt. Hier waren u.a. Einstellungen der Befragten zu Frauen- und Menschenrechtsverletzungen im Iran sowie zu den darauf bezogenen Protesten erhoben worden. Es konnten signifikante Zusammenhänge zwischen den individuellen Bewertungen der Vorgänge im Iran einerseits mit muslimfeindlichen Einstellungen bezogen auf Muslime in Deutschland andererseits nachgewiesen werden (vgl. Wetzels et al. 2023).

4.6.1 Frauen- und Menschenrechtsverletzungen im Iran und Zusammenhänge mit Muslimfeindlichkeit in Deutschland: Ergebnisse der ersten Welle von MiDInt

Im September 2022 war im Iran die junge Studentin Jina Mahsa Amini von der iranischen Sittenpolizei wegen des Vorwurfs inhaftiert worden, die islamische Kleiderordnung nicht beachtet und ihren Schleier nicht richtig getragen zu haben. Sie kam am 16. September 2022 in polizeilichem Gewahrsam gewaltsam zu Tode. Dies löste umfangreiche Proteste aus, die sich schnell über das ganze Land ausweiteten. Als Zeichen der Solidarität verstießen Frauen im Iran u.a. gezielt gegen staatlich angeordnete islamische Bekleidungs Vorschriften: Frauen nahmen öffentlich ihr Kopftuch ab, manche verbrannten dieses auch, andere schnitten sich als Solidaritätsbekundung öffentlich ihre Haare ab.

Die iranische Führung bezeichnete die Proteste als von außen gesteuert und kündigte drakonische Strafen an. Viele Teilnehmende an Demonstrationen wurden durch gewaltsam eingreifende Sicherheits- und Polizeikräfte verletzt. Tausende Personen wurden verhaftet. In der Haft kam es zudem zu Übergriffen und Folterungen durch Sicherheitsorgane. Es wurden zahlreiche Todesurteile verhängt und einige auch vollstreckt.

Diese Ereignisse im Iran lösten weltweit vielfältige Reaktionen aus. In Deutschland, so wie in den meisten westlichen Ländern, kam es zu Solidaritätsbekundungen nicht nur von iranischstämmigen Personen, sondern auch durch die Bevölkerung insgesamt. Die Politik reagierte ebenfalls. So forderte die Bundesaußenministerin Baerbock beispielsweise am 09. Januar 2023 die Ausweitung von Sanktionen gegen Repräsentanten der Islamischen Republik Iran, nachdem zwei Todesurteile gegen Regimekritiker im Iran vollstreckt worden waren.

In der ersten Welle der Studie MiDInt waren den Befragten Informationen zu diesen Geschehnissen vorgelegt worden. Daran anschließend wurden sie gebeten anzugeben, inwieweit sie verschiedene Maßnahmen der deutschen Politik in Reaktion auf diese Entwicklungen im Iran befürworteten. Danach sprachen sich 55.2% für eine Unterstützung der Protestierenden im Iran durch Deutschland aus; 65.1% befürworteten weitere Sanktionen gegen den Iran. Knapp die Hälfte aller Befragten (49%) stimmten der Aussage zu, dass Deutschland Menschen, die wegen der Proteste im Iran verfolgt werden, unbürokratisch aufnehmen sollte.

Im Hinblick auf die Bewertung und Einordnung der Vorgänge im Iran waren den Befragten zwei weitere Fragenbatterien vorgelegt worden: Eine aus drei Items bestehende Skala „*generalisierte Negativbewertung des Islam*“ thematisierte dabei das Agieren der Machthaber des iranischen Staates und brachte dies mit dem Islam in Zusammenhang. Die Befragten wurden auch hier gebeten, ihre Zustimmung bzw. Ablehnung von Aussagen zu bekunden, welche die Vorgänge im Iran als Beleg für generelle negative Eigenschaften des Islam deuten (z.B. „Diese Vorfälle im Iran zeigen, dass der Islam unmenschlich ist“).

Eine weitere Skala „*Streben nach Freiheitsrechten durch Muslime*“ bestand aus zwei Aussagen, die vor allem die Protestierenden im Iran in den Blick nehmen und die Ereignisse im Iran als Beleg dafür deuten, dass auch Muslime nach Freiheits- und Frauenrechten streben (z. B: „Die Proteste im Iran zeigen, dass auch Muslime sich für Frauenrechte einsetzen“).

Zur Messung von Muslimfeindlichkeit wurde weiter eine aus drei Items bestehende Skala verwendet, mit der Vorurteile gegenüber in Deutschland lebenden Muslimen erfasst wurden (z.B. „Es gibt zu viele Muslime in Deutschland“ oder positiv gewendet „Muslime

sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland“). In der ersten Welle von MiDInt konnte auf dieser - von 0 bis 100 reichenden - Skala ein Mittelwert von 51.7 festgestellt werden. Damit waren bei etwa der Hälfte der Befragten muslimfeindliche Haltungen zu erkennen.

Weiter fanden sich positive Zusammenhänge der muslimfeindlichen Haltungen mit den Bewertungen der Vorgänge im Iran.

Sofern die Befragten auf der Skala zur Erfassung einer Deutung der Vorgänge im Iran im Sinne einer generalisierten Negativbewertung des Islam eher ablehnende Aussagen formulierten (Werte kleiner oder gleich 50 auf einer Skala von 0-100), lag die Muslimfeindlichkeit bei 33.8%. Wurde hingegen den Aussagen zu generellen Negativbewertung des Islam eher zugestimmt (Werte auf der Skala von über 50) so lag die Ausprägung der Muslimfeindlichkeit bei 58.1%.

Komplementär dazu war festzustellen, dass die Deutung der Vorgänge im Iran als Anzeichen für ein Streben von Muslimen nach Frauen- und Freiheitsrechten mit einer deutlich verringerten Muslimfeindlichkeit in Deutschland einherging.

Bei Personen mit Werten von 50 oder weniger auf der Skala „Streben nach Freiheitsrechten durch Muslime“ (also Personen, die eine solche Deutung eher ablehnen) lag die Muslimfeindlichkeit bei 66.2%. Wurde hingegen den Aussagen zum Streben nach Freiheitsrechten eher zugestimmt (Werte auf der Skala über 50), lag die Ausprägung der Muslimfeindlichkeit mit 46.5% ganz deutlich niedriger.

Diese bivariaten Befunde ließen sich auch multivariat, d.h. nach statistischer Kontrolle von Alter, Bildungsstand, Geschlecht und Migrationshintergrund, bestätigen.

Eine Grenze dieser Analysen lag darin, dass auf diesem Wege nur korrelative Befunde festgestellt werden können. Es lässt sich damit nicht zeigen, ob die Konfrontation mit frauen- und menschenrechtsfeindlichen Geschehnissen in einem islamisch geprägten Land tatsächlich einen kausalen Einfluss auf Vorurteile gegenüber Muslimen in Deutschland hat. Es kann z.B. nicht ausgeschlossen werden, dass vor dem Hintergrund einer schon bestehenden Muslimfeindlichkeit die Ereignisse im Iran in diesem Sinne auch gedeutet und wahrgenommen wurden bzw. umgekehrt, dass im Falle einer positiven Haltung zu Muslimen auch die Ereignisse im Iran stärker als Form der Demokratisierungsbewegung durch Muslime gedeutet wurden.

Weiter blieb auch offen, ob solche Zusammenhänge auch für die Wahrnehmung vergleichbarer Entwicklungen in anderen Ländern gelten. Der Iran ist ein recht spezifisches, islamisch geprägtes Land: Zum einen ist der Islam im Iran sehr stark von Schiiten dominiert. Zweitens ist der Iran seit den 70er Jahren das zentrale Symbol für einen islamischen, durch einen islamischen Fundamentalismus geprägten Staat, der den Westen ablehnt. Daneben verfügt der Iran über ein hoch entwickeltes Bildungssystem wie auch ein technisch hoch entwickeltes Wirtschaftssystem, was in einigen anderen islamisch geprägten Ländern, wie z.B. der benachbarten islamischen Republik Afghanistan, so nicht der Fall ist. Es ist mithin nicht auszuschließen, dass die möglichen Effekte der Menschenrechtsverletzungen in einem islamischen Land auf die Haltung zu Muslimen in Deutschland sich zwar mit Blick auf den Iran zeigen könnten, dass dies aber für Geschehnisse in anderen muslimisch geprägten Ländern gleichwohl so nicht gelten könnte.

4.6.2 Verletzung von Frauen- und Menschenrechten in Afghanistan

Ähnliche Entwicklungen wie im Iran, d.h. erhebliche Menschenrechtsverletzungen sowie insbesondere eine Verschlechterung der Lage der Frauen, sind auch in der Islamischen Republik Afghanistan zu beobachten.

Nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im Gefolge des Rückzugs der USA und der NATO-Partner aus Afghanistan am 15.08.2021 verschlechterte sich die Menschenrechtssituation in Afghanistan dramatisch. Insbesondere Frauen wurden unter Verweis auf religiöse Begründungen, weitgehend aus dem öffentlichen Leben verdrängt.

Am 15.08.2022 veröffentlichte Amnesty International einen Bericht, in welchem die Menschen- und insbesondere die Frauenrechtsverletzung in Afghanistan seit der Machtübernahme durch die Taliban im August 2021 im Einzelnen dokumentiert wurden (Amnesty International 2022). Die Taliban haben danach seit August 2021 zahlreiche Frauenrechtlerinnen, Akademikerinnen und Aktivistinnen rechtswidrig festgenommen; diese blieben häufig länger inhaftiert ohne Rechtsbeistand oder Zugang zu ihren Angehörigen. Frauen wurden angewiesen sich zu verschleiern, das Auftreten ohne Schleier in der Öffentlichkeit wurde verboten. Es wurde Frauen empfohlen, das Haus besser gar nicht zu verlassen.

Die Asien-Expertin Theresa Bergmann von Amnesty International Deutschland kommentierte das dahingehend, dass die Taliban die Bevölkerung insgesamt gewaltsam unterdrücke und massiv Menschenrechte verletze. Willkürliche Inhaftierungen, Folter, Verschwindenlassen oder Hinrichtungen seien an der Tagesordnung².

Ähnlich wie im Iran kam es auch in Afghanistan zu Protesten gegen die Einschränkungen und Verletzungen von Frauen- und Menschenrechten. Diese waren jedoch nicht so umfangreich und weniger international medienwirksam als im Iran. Mehrfach wurde von Soldaten der Taliban das Feuer auf protestierende Menschen eröffnet, zahlreiche Tote waren zu beklagen. Journalisten, die über Proteste und Widerstand berichteten, wurden gleichfalls bedroht, inhaftiert, gefoltert und teilweise auch getötet.

Im Rahmen der 52. Sitzung des Rats für Menschenrechte der Vereinten Nationen wurde am 6. März der Bericht des Sonderberichterstatters der UN zur Lage der Menschenrechte in Afghanistan vorgestellt (A/HRC/52/84).³ Es wurde festgestellt, dass sich die Menschenrechtssituation in Afghanistan seit dem Sommer 2022 weiter verschlechtert hat. Seit Mitte 2022 durften Frauen keinen Sport mehr treiben, weiterführende Schulen für Mädchen wurden geschlossen; seit November 2022 ist Frauen der Zugang zu Parks, Sporthallen und öffentlichen Badeanstalten verwehrt; am 20. Dezember wurden die Universitäten gezwungen, keine Studentinnen mehr aufzunehmen.

Seit dem 24.12.2022 dürfen zudem ausländische Hilfsorganisationen in Afghanistan keine weiblichen Mitarbeiterinnen mehr einstellen. Gerade dieses Verbot verschlechterte nicht nur die Lage der Frauen, sondern die humanitäre Lage in Afghanistan insgesamt. Der Hilfssektor, in dem ausländische Nichtregierungsorganisationen eine zentrale Rolle spielen, wurde dadurch ganz erheblich beeinträchtigt. Zahlreiche NGOs zogen sich aus dem Land zurück, da sie ohne Mitarbeiterinnen ihre Hilfen nicht mehr durchführen können.

² <https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/afghanistan-unter-den-taliban-massive-gewalt-und-gebrochene-versprechen>

³ <https://www.ohchr.org/en/documents/country-reports/ahrc5284-situation-human-rights-afghanistan-report-special-rapporteur>

Auch das Rechtssystem wurde umgestaltet: Für viele Delikte wurden drakonische Strafen eingeführt. Diese Regelungen werden auch mit den Begriffen *hudud* und *qisas* bezeichnet. Als *hudud* werden Verbrechen gegen Gott bzw. religiöse Regeln bezeichnet, die mit Körperstrafen, u.a. mit Auspeitschung, Steinigung oder anderen Formen der Todesstrafe sanktioniert werden. Diese Strafen betreffen Ehebruch, außerehelichen Geschlechtsverkehr, Prostitution sowie Diebstahl, Verleumdung und Verunglimpfung, Apostasie (Abkehr von der Religion) und Verbrechen gegen Gott und die Gesellschaft. *Qisas* ist ein Begriff für eine Regelung, die etwa dem Talionsprinzip entspricht. Im Falle von Mord, Totschlag oder Körperverletzung können Angehörige der Opfer dem Täter nach den Regeln der Blutrache rechtlich zulässig Vergleichbares antun.

4.6.3 Zielsetzung und Design des Surveyexperiments zu Muslimfeindlichkeit

Anknüpfend an die Ergebnisse der ersten Welle von MiDInt soll in der zweiten Welle experimentell die Frage verfolgt werden, inwiefern die Wahrnehmung von und Konfrontation mit Menschen- und Frauenrechtsverletzungen in einem islamisch geprägten Land kausal die Ausprägung muslimfeindlicher Einstellungen von Menschen in Deutschland bezogen auf hier in Deutschland lebende Muslime beeinflussen kann.

Das Experiment ist insofern vergleichend angelegt, als dass Effekte der Wahrnehmung von Frauen- und Menschenrechtsverletzung im Iran einerseits und in Afghanistan andererseits thematisiert und kontrastiert werden können.

Weiter wird in diesem Experiment geprüft, inwiefern die Deutung der entsprechenden Vorfälle - einerseits als Bestätigung der generellen Menschenrechts- und Frauenfeindlichkeit des Islam im Sinne einer generalisierten Negativbewertung des Islam oder andererseits als Belege dafür, dass auch Muslime sich nachdrücklich gegen Unterdrückung durch religiöse Führer und Machthaber wehren und für Menschen- und Freiheitsrechte einsetzen - die Einstellung der Befragten zu Muslimen in Deutschland systematisch beeinflussen kann.

Im Rahmen dieses Experiments wurden die Befragten randomisiert (zufällig) in sieben Gruppen unterteilt (Splits 1 bis 7). Die Splits 1 bis 3 erhielten eine kurze Information zu den Vorgängen im **Iran**:

„In der Islamischen Republik Iran kam vor einigen Wochen eine junge Frau zu Tode, nachdem sie wegen nichtislamischer Kleidung vorher durch die Sittenpolizei verhaftet worden war. Deshalb kam es im Iran zu Demonstrationen und Protesten. Die iranischen Behörden reagierten darauf mit massiver Gewalt und Todesurteilen.“

Die Befragten aus Split 1 erhielten keine weiteren Fragen hinsichtlich der Bewertung dieser Vorgänge im Iran. Den Splits 2 und 3 wurden demgegenüber direkt im Anschluss an die Situationsschilderung in Bezug auf den Iran insgesamt jeweils vier Items vorgelegt, in denen sie um Angaben zur Bewertung dieser Vorgänge gebeten wurden. Diese Items unterscheiden sich zwischen den Splits 2 und 3. Sie fungieren als positives (Split 2) bzw. negatives (Split 4) Priming.

Split 2 erhielt hierzu Items, die eine Unterstützung der protestierenden Personen im Iran durch Deutschland thematisierten sowie die Deutung der Vorgänge im Iran als Ausdruck des Strebens von Muslimen von Frauen- und Freiheitsrechten. Diese fungieren als ein positives Priming im Hinblick auf die Deutung der Geschehnisse im Iran als Hinweise auf unterstützungswürdige Freiheitsbestrebungen von Muslimen.

Split 3 erhielt Items, die Sanktionen gegen den Iran thematisierten sowie die Deutung der Vorgänge im Iran als Ausdruck einer generellen Menschenrechts- und Demokratiefeindlichkeit

des Islam. Diese fungieren als negatives Priming im Hinblick auf die Deutung der Geschehnisse im Iran als Hinweise auf eine generelle Menschen- und Demokratiefindlichkeit des Islam.

Die Splits 4 bis 6 erhielten eine kurze Information zu Vorgängen in **Afghanistan**, die auf der einen Seite die Lage in Afghanistan korrekt wiedergeben, auf der anderen Seite zugleich aber auch der Information zum Iran möglichst weitgehend entsprechen:

In der Islamischen Republik Afghanistan wurde vor einigen Wochen durch die Taliban für Frauen der Zugang zu Bildungseinrichtungen und sowie zu beruflichen Tätigkeiten erheblich eingeschränkt. Deshalb kam es in Afghanistan zu Demonstrationen und Protesten. Die afghanischen Behörden reagierten darauf mit massiver Gewalt und Todesurteilen.

Die Befragten aus Split 4 erhielten keine weiteren Fragen hinsichtlich der Bewertung der Vorgänge in Afghanistan. Den Splits 5 und 6 wurden demgegenüber direkt im Anschluss an die Schilderung der Situation in Afghanistan, ähnlich wie in den Splits 2 und 3 im Falle des Iran, jeweils vier unterschiedliche Items vorgelegt, in denen sie um Angaben zur Bewertung dieser Vorgänge in Afghanistan gebeten wurden. Diese Items haben den gleichen Wortlaut, wie jene, die den Splits 2 und 3 vorgelegt wurden, nur dass hier der Bezug zu Afghanistan anstelle des Iran gezogen wurde, lediglich die Worte Iran bzw. iranisch wurden durch die Worte Afghanistan und afghanisch ersetzt.

Um mögliche Reihenfolgeeffekte zu vermeiden, wurde die Abfolge der vier Items zum Priming in den Splits 2 und 3 sowie den Splits 5 und 6 zufällig rotiert.

Die Befragten in Split 7 fungieren für beide Telexperimente (Iran und Afghanistan) als Kontrollgruppe. Hier erhielten die Befragten weder eine Beschreibung der Vorgänge im Iran oder in Afghanistan noch positive oder negative Primings.

Allen Befragten aus den 7 Splits wurde anschließend in gleicher Weise eine aus fünf Items bestehende Skala zur Erfassung der abhängigen Variable „Muslimfeindlichkeit“ in Bezug auf Muslime in Deutschland vorgelegt.

Neben den bereits in der ersten Welle von MiDInt verwendeten drei Items („Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land.“, „Es gibt zu viele Muslime in Deutschland.“ und „Muslime sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland.“ wurden zwei weitere Items eingesetzt („Muslime haben in Deutschland zu viel Einfluss.“ und „Muslime passen nicht so recht zu uns.“), die ansonsten in Studien zu Antisemitismus häufig Verwendung finden (vgl. z.B. Decker et al. 2022).

5 Konstrukte und zu deren Messung verwendete Items im Überblick

In der nachfolgenden Übersicht werden die Themen, Konstrukte und die zu deren Messung verwendeten Items, so wie sie in der zweiten Welle der Befragung MiDInt eingesetzt wurden, aufgelistet. Weiter werden auch deren Quellen dargelegt.

Die Darstellung folgt nicht der Reihenfolge der Frage im Erhebungsinstrument; die Nummern der Fragen im Fragebogen lassen sich jedoch dieser Tabelle gleichfalls entnehmen. Das Erhebungsinstrument selbst im Anhang im Original beigelegt, sodass auch die verwendete Abfolge der Fragen erkennbar wird.

Tabelle 6: Erhebungsinstrument MiDInt Februar 2023: Konstrukte und Quellen

Konstrukt	Inhalte	Quelle	Frage (Item)
Soziodemografie			
Demographische Grunddaten	<ul style="list-style-type: none"> • Geschlecht • Alter • Bundesland • Ortsgröße 		27, 28, 32, 33
Bildung/Ausbildung	<ul style="list-style-type: none"> • Schulabschluss • Beruflicher Abschluss 		22, 23
Einkommen	<ul style="list-style-type: none"> • Zurechtkommen mit finanziellen Mitteln • Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung 		30, 31
Ethnische Herkunft/ Migrationshintergrund	<ul style="list-style-type: none"> • Zuwanderung nach Deutschland • Deutsche/Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit • Aufenthaltsdauer in Deutschland 		24, 25, 26
Religionszugehörigkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Religionszugehörigkeit 		29
Konstrukte im Kontext aktueller internationaler Ereignisse und Entwicklungen			
Besorgnisse und Ängste aufgrund gesellschaftlicher Herausforderungen und Krisen	Ausmaß der Besorgnis bezogen auf: <ul style="list-style-type: none"> • Klimawandel • Migration/Flüchtlingszuzug • Krieg in Deutschland • steigende Preise • islamistische Anschläge • Schrumpfen der Wirtschaft • Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte 	Eigene Entwicklung	1 (1-7)
Besorgnisse im Zusammenhang mit Corona-Pandemie	Ausmaß der Besorgnis bezogen auf: <ul style="list-style-type: none"> • Schließung von Schulen und Kitas • Unternehmenspleiten • Zusammenbrechen des Gesundheitssystems • Schwere Erkrankung oder Tod vieler Menschen 	Eigene Entwicklung	3 (1-4)
Besorgnisse im Zusammenhang mit Ukraine-Krieg	Ausmaß der Besorgnis bezogen auf: <ul style="list-style-type: none"> • Angriff Russlands auf Deutschland • Russische Anschläge in Deutschland • Verpflichtung zum Militärdienst • Massenflucht wegen fehlender Getreidelieferung • Einsatz von Atomwaffen in Europa • Zusammenbruch der Energieversorgung • Dass Deutschland zu viel Geld für Militär ausgibt 	Eigene Entwicklung	6 (1-7)
Militärische Unterstützung der Ukraine	Deutschland sollte liefern: <ul style="list-style-type: none"> • keine militärische Ausrüstung • nur zu Verteidigungszwecken • Kampfpanzer • Kampfflugzeuge • Raketen mit weiter Reichweite • U-Boote • Bundeswehr zu Ausbildungszwecken • Bodentruppen der Bundeswehr • anderen Ländern gestatten zu liefern 	Eigene Entwicklung	4 (1-9)
Aufnahme der Ukraine in die EU	<ul style="list-style-type: none"> • nicht aufnehmen • im Normalverfahren aufnehmen • im beschleunigten Verfahren aufnehmen 	Eigene Entwicklung	5 (1-3)
Klimaschutzmaßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Tempolimit 100 km/h • 9 Euro Ticket aus Steuermitteln • ab 2030 nur E-Autos • Enteignung ungenutzter Flächen für Windkraft • Zusatzsteuer von 100% auf Fleischprodukte • Verbot von Inlandsflügen 	Eigene Entwicklung	7 (1-6)

Konstrukt	Inhalte	Quelle	Frage (Item)
Zentrale allgemeine abhängige Variablen			
Autokratieakzeptanz	<ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung des Einflusses des Parlaments • Befürwortung von Diktatur • Handlungsfähigkeit der Regierung nicht durch Gerichte einschränken • Durchsetzungsfähige Politiker • Ablehnung langer Debatten/Meinungsvielfalt • Wunsch nach starkem Führer 	Eigene Entwicklung	12 (1-6)
Nationalismus	<ul style="list-style-type: none"> • Einfuhr ausländischer Produkte reduzieren • Nationale Interessen, auch wenn das Konflikte befördert • In Deutschland hergestellte Produkte kaufen • Mehr um eigene Bürger kümmern, nicht um andere Länder • Deutsche Firmen bei staatlicher Auftragsvergabe bevorzugen • Deutschland soll sich nur international engagieren, wenn das vorteilhaft für uns ist. • Deutschland soll eigene Politik machen, auch wenn andere Länder das anders sehen 	in Anlehnung an ISSP 2013 (Scholtz & Jutz 2015)	17 (1-7)
Intoleranz, Ablehnung von Fremdgruppen und Minderheiten	Abwertung bestimmter Gruppen: <ul style="list-style-type: none"> • Ausländerfeindlichkeit (4 Items) • Antisemitismus (4 Items) 	Zick et al. 2019; Decker et al. 2022 und eigene Entwicklung	16 (1-8)
Akzeptanz verschiedener Formen des zivilen Ungehorsams	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme an einer verbotenen Demo • Besetzung eines öffentlichen Gebäudes • Versammlung vor Privathaus von Politiker • Politikern im Internet Gewalt androhen • Teilnahme an Demo gegen Flüchtlingsunterkünfte • Blockade des Straßenverkehrs • Anketten an Baum 	Eigene Entwicklung	18 (1-7)
Erklärungsfaktoren auf individueller und sozialer Ebene			
Antizipierte wirtschaftliche Belastungen und Einschränkungen	Belastungen im Bereich: <ul style="list-style-type: none"> • Miete, • Heizung und Strom, • Grundnahrungsmittel • Freizeitaktivitäten einschränken • Urlaubseinschränkungen • Arbeitsplatzverlust 	Eigene Entwicklung	2 (1-6)
Systemvertrauen	Allgemeines Vertrauen in Institutionen: <ul style="list-style-type: none"> • Gerichte • Polizei • Parteien • Regierung • Behörden • öffentlich-rechtliche Medien 	European Value Survey, angepasst	10 (1-6)
Kompetenz gesellschaftlicher Entscheidungsträger	Einschätzung der Kompetenzen von Entscheidungsträgern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik: <ul style="list-style-type: none"> • Interesse an Problemen • Fähigkeit zur Bewältigung von Problemen • Handeln gegen Interessen der Bevölkerung • Reden ohne Probleme zu lösen 	Eigene Entwicklung	11 (1-4)
Kollektive Marginalisierung	Wahrgenommene Benachteiligungen der Eigengruppe: <ul style="list-style-type: none"> • Benachteiligung bei Sozialleistungen • Respektlose Behandlung durch Behörden • Nicht ernst genommen werden von Politikern • Unfaire Behandlung durch Polizei • Ungerechte Behandlung vor Gericht 	Eigene Entwicklung	14 (1-5)

Konstrukt	Inhalte	Quelle	Frage (Item)
Verschwörungsmentalität	Befürwortung von Verschwörungsnarrativen <ul style="list-style-type: none"> • Einfluss geheimer Organisationen • Politiker sind nur Marionetten • Klimastudien sind gefälscht • Verbindung Medien und Politik • Einfluss von Großunternehmen 	Rees & Lamberty 2021; eigene Entwicklung	13 (1-5)
Politische Orientierung	Sonntagsfrage	European Value Survey	13
Surveyexperiment 1 (Einstellung zu Flüchtlingen)			
Experiment 1	Auswirkung positiver öffentlicher Verlautbarungen durch gesellschaftliche und politische Akteure in Bezug auf zunehmende Fluchtbewegungen nach Deutschland auf Einstellungen gegenüber Geflüchteten	Eigene Entwicklung	
5 Experimentalgruppen (Split 1 bis Split 5) und eine Kontrollgruppe (Split 6)	<p>Split 1 bis 5: Vignette zum wachsenden Zuzug Flüchtender nach Deutschland</p> <p>Split 1: positive Kommentierung durch den Arbeitgeberpräsident</p> <p>Split 2: positive Kommentierung durch den Generalsekretär von Amnesty International</p> <p>Split 3: positive Kommentierung durch den Bundeswirtschaftsminister</p> <p>Split 4: positive Kommentierung durch den Bundespräsidenten</p> <p>Split 5: ohne Kommentierung</p> <p>Manipulation Check (Erinnerung an Quelle der Kommentierung)</p> <p>Einstellung zu Flüchtlingen und zu Maßnahmen zur Unterstützung von Flüchtlingen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Allg. Ablehnung der Aufnahme • Flüchtlinge bedrohen Lebensweise und Werte • Es kommen vor allem mehr Gewalttäter • Flüchtlinge schaden der Wirtschaft • Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen • Schnellere Einbürgerung • Wohnraum für Flüchtlinge in der eigenen Nachbarschaft <p>Einschätzung der Kompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> • Arbeitgeberpräsident • Generalsekretär Amnesty International • Bundeswirtschaftsminister • Bundespräsident 		<p>19</p> <p>20 (1-7)</p> <p>21 (1-4)</p>

Konstrukt	Inhalte	Quelle	Frage (Item)
Surveyexperiment 2 (Muslimfeindlichkeit)			
Experiment 2	Auswirkung der Wahrnehmung von Menschenrechtsverletzungen und Protesten in Iran/Afghanistan auf Muslimfeindlichkeit in Deutschland	Eigene Entwicklung	
6 Experimentalgruppen (Split 1-6) und eine Kontrollgruppe (Split 7)	Split 1 - 3: Vignette zu Vorfällen im Iran		
	Split 1: ohne Priming		
	Split 2: positives Priming		
	<ul style="list-style-type: none"> • D soll sich solidarisch erklären • Muslime legen Wert auf Freiheitsrechte • Muslime setzen sich für Frauenrechte ein • D soll verfolgte aufnehmen 		8 (1-4)
	Split 3: negatives Priming		8 (1-4)
	<ul style="list-style-type: none"> • Islam ist unmenschlich • D soll Sanktionen verhängen • D soll Diplomaten ausweisen • es wird nie Demokratie im Islam geben 		
Split 4 - 6: Vignette zu Vorfällen in Afghanistan			
Split 4: ohne Priming			
Split 5: positives Priming			
<ul style="list-style-type: none"> • D soll sich solidarisch erklären • Muslime legen Wert auf Freiheitsrechte • Muslime setzen sich für Frauenrechte ein • D soll verfolgte aufnehmen 		8 (1-4)	
Split 6: negatives Priming		8 (1-4)	
<ul style="list-style-type: none"> • Islam ist unmenschlich • D soll Sanktionen verhängen • D soll Diplomaten ausweisen • es wird nie Demokratie im Islam geben 			
Muslimfeindlichkeit in Deutschland			9 (1-5)
<ul style="list-style-type: none"> • D ein islamisches Land • Zu viele Muslime in D • Muslime sind wichtiger Teil der Gesellschaft • Muslime haben in D zu viel Einfluss • Muslime passen nicht zu uns 			

Konstrukt	Inhalte	Quelle	Frage (Item)
Zentrale allgemeine abhängige Variablen			
Autokratieakzeptanz	<ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung des Einflusses des Parlaments • Befürwortung von Diktatur • Handlungsfähigkeit der Regierung nicht durch Gerichte einschränken • Durchsetzungsfähige Politiker • Ablehnung langer Debatten/Meinungsvielfalt • Wunsch nach starkem Führer 	Eigene Entwicklung	12 (1-6)
Nationalismus	<ul style="list-style-type: none"> • Einfuhr ausländischer Produkte reduzieren • Nationale Interessen, auch wenn das Konflikte befördert • In Deutschland hergestellte Produkte kaufen • Mehr um eigene Bürger kümmern, nicht um andere Länder • Deutsche Firmen bei staatlicher Auftragsvergabe bevorzugen • Deutschland soll sich nur international engagieren, wenn das vorteilhaft für uns ist. • Deutschland soll eigene Politik machen, auch wenn andere Länder das anders sehen 	in Anlehnung an ISSP 2013 (Scholtz & Jutz 2015)	17 (1-7)
Intoleranz, Ablehnung von Fremdgruppen und Minderheiten	Abwertung bestimmter Gruppen: <ul style="list-style-type: none"> • Ausländerfeindlichkeit (4 Items) • Antisemitismus (4 Items) 	Zick et al. 2019; Decker et al. 2022 und eigene Entwicklung	16 (1-8)
Akzeptanz verschiedener Formen des zivilen Ungehorsams	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme an einer verbotenen Demo • Besetzung eines öffentlichen Gebäudes • Versammlung vor Privathaus von Politiker • Politikern im Internet Gewalt androhen • Teilnahme an Demo gegen Flüchtlingsunterkünfte • Blockade des Straßenverkehrs • Anketten an Baum 	Eigene Entwicklung	18 (1-7)
Erklärungsfaktoren auf individueller und sozialer Ebene			
Antizipierte wirtschaftliche Belastungen und Einschränkungen	Belastungen im Bereich: <ul style="list-style-type: none"> • Miete, • Heizung und Strom, • Grundnahrungsmittel • Freizeitaktivitäten einschränken • Urlaubseinschränkungen • Arbeitsplatzverlust 	Eigene Entwicklung	2 (1-6)
Systemvertrauen	Allgemeines Vertrauen in Institutionen: <ul style="list-style-type: none"> • Gerichte • Polizei • Parteien • Regierung • Behörden • öffentlich-rechtliche Medien 	European Value Survey, angepasst	10 (1-6)
Kompetenz gesellschaftlicher Entscheidungsträger	Einschätzung der Kompetenzen von Entscheidungsträgern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik: <ul style="list-style-type: none"> • Interesse an Problemen • Fähigkeit zur Bewältigung von Problemen • Handeln gegen Interessen der Bevölkerung • Reden ohne Probleme zu lösen 	Eigene Entwicklung	11 (1-4)
Kollektive Marginalisierung	Wahrgenommene Benachteiligungen der Eigengruppe: <ul style="list-style-type: none"> • Benachteiligung bei Sozialleistungen • Respektlose Behandlung durch Behörden • Nicht ernst genommen werden von Politikern • Unfaire Behandlung durch Polizei • Ungerechte Behandlung vor Gericht 	Eigene Entwicklung	14 (1-5)

Konstrukt	Inhalte	Quelle	Frage (Item)
Verschwörungsmentalität	Befürwortung von Verschwörungsnarrativen <ul style="list-style-type: none"> • Einfluss geheimer Organisationen • Politiker sind nur Marionetten • Klimastudien sind gefälscht • Verbindung Medien und Politik • Einfluss von Großunternehmen 	Rees & Lamberty 2021; eigene Entwicklung	13 (1-5)
Politische Orientierung	Sonntagsfrage	European Value Survey	13
Surveyexperiment 1 (Einstellung zu Flüchtlingen)			
Experiment 1	Auswirkung positiver öffentlicher Verlautbarungen durch gesellschaftliche und politische Akteure in Bezug auf zunehmende Fluchtbewegungen nach Deutschland auf Einstellungen gegenüber Geflüchteten	Eigene Entwicklung	
5 Experimentalgruppen (Split 1 bis Split 5) und eine Kontrollgruppe (Split 6)	Split 1 bis 5: Vignette zum wachsenden Zuzug Flüchtender nach Deutschland		
	Split 1: positive Kommentierung durch den Arbeitgeberpräsident		
	Split 2: positive Kommentierung durch den Generalsekretär von Amnesty International		
	Split 3: positive Kommentierung durch den Bundeswirtschaftsminister		
	Split 4: positive Kommentierung durch den Bundespräsidenten		
	Split 5: ohne Kommentierung		
	Manipulation Check (Erinnerung an Quelle der Kommentierung)		19
	Einstellung zu Flüchtlingen und zu Maßnahmen zur Unterstützung von Flüchtlingen <ul style="list-style-type: none"> • Allg. Ablehnung der Aufnahme • Flüchtlinge bedrohen Lebensweise und Werte • Es kommen vor allem mehr Gewalttäter • Flüchtlinge schaden der Wirtschaft • Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen • Schnellere Einbürgerung • Wohnraum für Flüchtlinge in der eigenen Nachbarschaft 		20 (1-7)
	Einschätzung der Kompetenz <ul style="list-style-type: none"> • Arbeitgeberpräsident • Generalsekretär Amnesty International • Bundeswirtschaftsminister • Bundespräsident 		21 (1-4)

Konstrukt	Inhalte	Quelle	Frage (Item)
Surveyexperiment 2 (Muslimfeindlichkeit)			
Experiment 2	Auswirkung der Wahrnehmung von Menschenrechtsverletzungen und Protesten in Iran/Afghanistan auf Muslimfeindlichkeit in Deutschland	Eigene Entwicklung	
6 Experimentalgruppen (Split 1-6) und eine Kontrollgruppe (Split 7)	Split 1 - 3: Vignette zu Vorfällen im Iran		
	Split 1: ohne Priming		
	Split 2: positives Priming		
	<ul style="list-style-type: none"> • D soll sich solidarisch erklären • Muslime legen Wert auf Freiheitsrechte • Muslime setzen sich für Frauenrechte ein • D soll verfolgte aufnehmen 		8 (1-4)
	Split 3: negatives Priming		
	<ul style="list-style-type: none"> • Islam ist unmenschlich • D soll Sanktionen verhängen • D soll Diplomaten ausweisen • es wird nie Demokratie im Islam geben 		8 (1-4)
Split 4 - 6: Vignette zu Vorfällen in Afghanistan			
Split 4: ohne Priming			
Split 5: positives Priming			
<ul style="list-style-type: none"> • D soll sich solidarisch erklären • Muslime legen Wert auf Freiheitsrechte • Muslime setzen sich für Frauenrechte ein • D soll verfolgte aufnehmen 		8 (1-4)	
Split 6: negatives Priming			
<ul style="list-style-type: none"> • Islam ist unmenschlich • D soll Sanktionen verhängen • D soll Diplomaten ausweisen • es wird nie Demokratie im Islam geben 		8 (1-4)	
Muslimfeindlichkeit in Deutschland			
<ul style="list-style-type: none"> • D ein islamisches Land • Zu viele Muslime in D • Muslime sind wichtiger Teil der Gesellschaft • Muslime haben in D zu viel Einfluss • Muslime passen nicht zu uns 		9 (1-5)	

Literatur

- Amnesty International (2022). *The Rule of Taliban: A Year of Violence, Impunity and False Promises*. London. Amnesty International. <https://www.amnesty.de/sites/default/files/2022-08/Amnesty-Bericht-Afghanistan-The-Rule-of-Taliban-A-Year-of-Violence-Impunity-and-False-Promises-August-2022.pdf>
- BAMF (2022). *Aktuelle Zahlen: Ausgabe November 2022*. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. online: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-november-2022.pdf?blob=publicationFile&v=3>.
- Behrmann, I., Ihßen, V. & Toewe, S. (2022). Die gesellschaftlichen Herausforderungen der Klimabewegung. In : O. Decker, J. Kies, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen - alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*, (S.327342). Gießen : Psychosozial-Verlag.
- Brettfeld, K., Farren, D., Kleinschnittger, J., Richter, T. & Wetzels, P. (2023a). *Menschen in Deutschland: International (MiDInt): Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungs-instrument und Codebuch zu Welle 1 (Nov. 2022)*. MOTRA-Forschungsbericht No. 7 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.11564>
- Brettfeld, K., Kleinschnittger, J., Richter, T. & Wetzels, P. (2023b). Perspektiven auf die Klimakrise: Verbreitung von Sorgen wegen des Klimawandels und Einstellungen zur Weltklimakonferenz 2022. *MOTRA-Spotlight 01/23*. Wiesbaden: BKA. <https://doi.org/10.57671/motra-2023001>
- Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2022a). Studie „Menschen in Deutschland 2021“. Sorgen und Verunsicherungsgefühle angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen, Vertrauen in Staat und Politik sowie Betroffenheit durch Intoleranz und Diskriminierung. *MOTRA-Spotlight 01/22*. Wiesbaden: BKA. <https://doi.org/10.57671/motra-2022001>
- Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2022b). Die Studie „Menschen in Deutschland 2021“. Erkenntnisse zu Verbreitung und Hintergründen rechtsextremer Einstellungen in der erwachsenen Wohnbevölkerung im Jahr 2021. *MOTRA-Spotlight 02/22*. Wiesbaden: BKA. <https://doi.org/10.57671/motra-2022002>
- Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2021a). Menschen in Deutschland 2021. *Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Entwicklung, Inhalt und Aufbau des Erhebungsinstruments*. MOTRA Forschungsbericht No. 1 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10257>.
- Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2021b). Verbreitung politisch extremistischer Einstellungen und der Beobachtung von Intoleranz, Hass und Radikalisierung im eigenen Lebensumfeld. In: U. Kemmesies et al. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2020*, (S. 100-129). Wiesbaden: BKA. https://doi.org/10.53168/isbn.978-3-9818469-9-7_2020_MOTRA
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (2022). Die Leipziger Autoritarismusstudie 2022 : Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: O. Decker, J. Kies, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen - alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*, (S.31-90). Gießen : Psychosozial-Verlag.
- Decker, O., Yendell, A., Heller, A. & Brähler, E. (2022). Krieg in europa - Konflikte in der Welt. In : O. Decker, J. Kies, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen - alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*, (S.127-157). Gießen : Psychosozial-Verlag.
- Deutsche Bischofskonferenz (2020). *Katholische Kirche in Deutschland. Zahlen und Fakten 2019/2020*. Arbeitshilfen, 315. Bonn.
- Eberspach, K., Bitschnau, S. & Kemmesies, U. (2022). Kommunales Monitoring, Haus und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo); Beobachtungen und Befunde zur Ersterhebung. In Kemmesies et al. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2021*, (S. 134-153). Wiesbaden: BKA. https://doi.org/10.53168/isbn.978-3-9818469-4-2_2022_MOTRA
- EKD - Evangelische Kirche in Deutschland (2020). *Gezählt 2020. Zahlen und Fakten zum kirchlichen Leben*. Hannover: EKD
- Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K., Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2022). *Menschen in Deutschland 2021. Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Durchführung und Rücklauf der Erhebung - Methodenbericht*. MOTRA Forschungsbericht No. 2 aus dem Institut für Kriminologie an

der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg.

<https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10259>.

- Farren, D., Brettfeld, K., Endtricht, R., Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2022). *Junge Menschen in Deutschland 2022. Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrumente und Codebuch der repräsentativen Befragung JuMiD 2022*. MOTRA Forschungsbericht No. 5 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg.
<http://doi.org/10.25592/uhhfdm.10834>
- Fischer, J.M.K. & Farren, D. (2023) Männliche Opfernarrative und rechtsextreme Einstellungen bei jungen Menschen: Validierung und Anwendung eines Instrumentes zur Erfassung maskulistischer Bedrohungsgefühle. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* (online, ahead of print).
<https://doi.org/10.1515/mks-2022-0017>
- Fischer, J.M.K., Farren, D., Brettfeld, K., Endtricht, R. & Wetzels, P. (2023). *Menschen in Deutschland 2022. Zweite Welle der bundesweit repräsentativen Befragung: Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrument und Codebuch*. MOTRA Forschungsbericht No. 6. aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg.
<https://doi.org/10.25592/uhhfdm.11415>
- Fischer, J.M.K., Endtricht, R. & Farren, D. (2022). Die Bedeutung kollektiver Marginalisierung und negativer sozialer Emotionen für die Erklärung extremismusaffiner politischer Einstellungen: Eine empirische Untersuchung auf Basis der General Strain Theory. *Rechtspsychologie* 8 (2), 173-195.
<https://doi.org/10.5771/2365-1083-2022-2-173>
- Hirndorf, d. (2023). Radikal fürs Klima ? Repräsentative Umfrage zur Verbreitung von radikalen Einstellungen zum Thema Klimaschutz in der deutschen Bevölkerung. *Monitor Wahl und Sozialforschung, Februar 2023*. Berlin : Konrad-Adenauer-Stiftung.
<https://www.kas.de/documents/252038/22161843/Radikal+f%C3%BCrs+Klima.pdf/36cf229b-56f4-c5fe-786d-d865ab0abc06>
- Kleinschnittger, J. & Richter, T. (2023). *Die Wirkung internationaler Entwicklungen auf Intoleranz, Muslimfeindlichkeit und Autokratieakzeptanz. Ergebnisse aus „Menschen in Deutschland: International*. Vortrag gehalten auf der MOTRA-K 2023, Hochschule Fresenius, Wiesbaden, 28. Februar 2023. <https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/kriminologie/media/vortrag-motra-k2023-kleinschnittger-richter-die-wirkung-internationaler-entwicklungen.pdf>
- Kleinschnittger, J., Richter, T. & Brettfeld, K. (2023). *Bewertungen der 27. Weltklimakonferenz und mögliche Einflussfaktoren*. Vortrag gehalten auf der MOTRA-K 2023, Hochschule Fresenius, Wiesbaden, 1. März 2023. <https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/kriminologie/media/vortrag-motra-k2023-kleinschnittger-richter-brettfeld-bewertungen-weltklimakonferenz.pdf>
- Lamberty, P. & Rees, J. (2021). Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft. In : A. Zick & B. Küpper (Hrsg.): *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021*, (S. 283-299). Bonn: J.H.W. Dietz.
- Nachtwey, O., Schäfer, R. & Frei, N. (2020). *Politische Soziologie der Corona-Proteste. Grundausswertung*. Basel: Universität Basel, Institut für Soziologie. <https://osf.io/preprints/socarxiv/zyp3f/>
- Pfündel, K., Stichs, A. & Tanis, K. (2021). *Muslimisches Leben in Deutschland*. Berlin: BAMF.
- Rees, J.H. & Lamberty, P. (2019). Mitreißende Wahrheiten: Verschwörungsmuthe als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In Zick, A., Küpper, B. & Berghan, W. (Hrsg.), *Verlorene Mitte - Feindselige Zustände* (S. 203-222). Bonn: J.H.W. Dietz.
- Reinhardt, P., Frings, C. Was determiniert Einstellungen zu den Folgen der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland? Ergebnisse auf Basis des GESIS-Panels 2016. *Politische Vierteljahresschrift* 61, 701-724 (2020). <https://doi.org/10.1007/s11615-020-00254-2>.
- Richter, T., Kleinschnittger, J., Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2023). Bedrohung und Integration: Einstellungen zu Flüchtlingen in Deutschland. *GIGA-Fokus Global*. Nr. 1/2023.
<https://doi.org/10.57671/gfgl-23011>
- Richter, T., Brettfeld, K., Greipl, S., Hohner, J., Hunger, S., Kanol, E., El Masri, M. & Wetzels, P. (2022). Auswirkungen des Gaza-Krieges 2021 auf Deutschland: Eine mehrdimensionale Analyse des Radikalisierungsgeschehens. In U. Kemmesies., P. Wetzels, B. Austin, A. Dessecker, E. Gran-de, C. Büscher & D. Rieger (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2021*, (S. 222-247). Wiesbaden: BKA.
https://doi.org/10.53168/isbn.978-3-9818469-4-2_2022_MOTRA
- Scholz, E., & Jutz, R. (2015). *ISSP 2013 Germany: National Identity III ; GESIS Report on the German Study*. (GESIS Papers, 2015/14). Köln: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.
<https://doi.org/10.21241/ssoar.44011>

- Statistisches Bundesamt (2020a). *Bildungsstand der Bevölkerung - Ergebnisse des Mikrozensus 2019*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (2020b). *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus 2020*. Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (2022a), GENESIS-Online: *Schutzsuchende* (12531-0001), <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>
- Statistisches Bundesamt (2022b), *Bevölkerung nach Migrationshintergrund und Geschlecht*. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/liste-migrationshintergrund-geschlecht.html>.
- Statistisches Bundesamt (2022c), *Ukraine: Gesellschaft*. <https://www.destatis.de/DE/Im-Fokus/Ukraine/Gesellschaft/inhalt.html>
- SVR (2022), *Integrationsklima 2022: Leicht verbessert mit einzelnen Eintrübungen*, *SVR-Integrationsbarometer*, Berlin: Sachverständigenrat für Integration und Migration. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2022/12/SVR_Integrationsbarometer_2022_Barrierefrei.pdf.
- Wetzels, P., Richter, T., Farren, D. & Brettfeld, K. (2023). Einstellungen zu den Protesten wegen Menschenrechtsverletzungen im Iran und deren Zusammenhänge mit Muslimfeindlichkeit in Deutschland. *MOTRA-Spotlight 03/23*. Wiesbaden: BKA <https://doi.org/10.57671/motra-2023003>
- Wetzels, P. & Brettfeld, K. (2022). *Auswirkungen verschwörungstheoretisch konnotierter Formen der Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien im Kontext der COVID-19 Pandemie auf demokratieablehnende Einstellungen sowie Intoleranz und Vorurteile*. MOTRA Forschungsbericht No. 3 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10261>.
- Wetzels, P., Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D. & Fischer, J.M.K. (2022a). *Verbreitung extremismusaffiner politischer Einstellungen sowie Konfrontationen mit Intoleranz und politischem Extremismus in Deutschland 2021*. MOTRA Forschungsbericht No. 4 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10507>.
- Wetzels, P., Brettfeld, K., Endtricht, R., Fischer, J.M.K. & Farren, D. (2022b). Zur Verbreitung extremismusaffiner Einstellungen in Deutschland: Befunde der repräsentativen Befragung "Menschen in Deutschland 2021". In: Kemmesies et al. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2021*, (S. 72-103). Wiesbaden: BKA. https://doi.org/10.53168/isbn.978-3-9818469-4-2_2022_MOTRA
- Zick, A., Berghan, W. & Mokros, N. (2019). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002-2018/19. In: A. Zick, B. Küpper & W. Berghan (Hrsg.), *Verlorene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*, (S. 53- 116). Bonn: Dietz.

Menschen in Deutschland: International

Februar 2023

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Vielen Dank für Ihre Bereitschaft, an der Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) teilzunehmen.

In Deutschland und der Welt finden gegenwärtig Ereignisse und Veränderungen statt, die viele Menschen in Deutschland bewegen und die sie zum Teil auch ganz persönlich betreffen.

Bei den folgenden Fragen geht es um Ihre persönlichen Ansichten zu aktuellen politischen Ereignissen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland und in anderen Ländern. Dabei gibt es keine richtigen oder falschen Antworten. Es geht immer nur um Ihre ganz persönliche Meinung, Ihre Einschätzungen und Wünsche.

Die Befragung erfolgt anonym. Wir versichern Ihnen, dass jede Information, die Sie uns mitteilen, streng vertraulich behandelt und nur im Rahmen unseres Forschungsvorhabens verwendet wird.

Die Beantwortung des Fragebogens wird etwa 15 Minuten Ihrer Zeit in Anspruch nehmen. Mit dem "Weiter" - Button kommen Sie zur nächsten Frage.

Wir möchten Sie bitten, die Fragen alleine zu beantworten.

Vielen Dank für Ihre Mühe!

Formularende

**Gegenwärtig gibt es viele gesellschaftliche Veränderungen und Herausforderungen.
Viele Menschen machen sich darüber Gedanken. Wie ist das bei Ihnen?**

1. Inwieweit sind Sie über folgende Herausforderungen und deren mögliche Auswirkungen besorgt?

	besorgt mich gar nicht	besorgt mich kaum	besorgt mich etwas	besorgt mich sehr
Die Folgen des Klimawandels für unseren Alltag.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Das Ausmaß des Zuzugs von Flüchtlingen in unser Land.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass es in Deutschland zu einem Krieg kommen könnte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass die Preise weiter steigen könnten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass es bei uns zu islamistischen Anschlägen kommen könnte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass die deutsche Wirtschaft schrumpfen könnte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass es zu Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte kommen könnte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

2. Wenn Sie nun an die möglichen Entwicklungen in den nächsten 6 Monaten denken: Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass bei Ihnen persönlich in den nächsten 6 Monaten folgende Dinge passieren?

<i>Dass ich ...</i>	sehr unwahr- scheinlich	unwahr- scheinlich	wahr- scheinlich	sehr wahrschein- lich
... meine Miete nicht mehr bezahlen kann, halte ich für ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... Heizung und Strom nicht mehr bezahlen kann, halte ich für ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... mich beim Einkauf von Grundnahrungsmitteln einschränken muss, halte ich für ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... mich bei Ausgaben für meine Freizeit einschränken muss, halte ich für ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... mir einen Urlaub nicht leisten kann, halte ich für ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... meinen Arbeitsplatz verliere, halte ich für ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

3. In den vergangenen zwei Jahren hat die Corona-Pandemie uns alle beschäftigt. Die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung hatten Auswirkungen auf das Leben von Menschen in der ganzen Welt. Bitte geben Sie an, wie sehr folgende mögliche Entwicklungen in der näheren Zukunft Ihnen Sorgen bereiten.

<i>Dass wegen Corona ...</i>	besorgt mich gar nicht	besorgt mich kaum	besorgt mich etwas	besorgt mich sehr
... wieder Schulen und Kitas geschlossen werden könnten, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... viele Unternehmen pleite gehen könnten, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... unser Gesundheitssystem zusammenbrechen könnte, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... viele Menschen schwer krank werden oder sterben könnten, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

4. Aktuell wird darüber diskutiert, ob und wie umfangreich Deutschland die Ukraine in ihrem Kampf gegen Russland militärisch unterstützen sollte. Was ist Ihre Ansicht dazu? Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu?

<i>Deutschland sollte ...</i>	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
... gar keine militärische Ausrüstung an die Ukraine liefern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... nur militärische Ausrüstung an die Ukraine liefern, die allein der Verteidigung dient.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... auch Kampfpanzer, die als Angriffswaffen genutzt werden können, an die Ukraine liefern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... auch Kampfflugzeuge an die Ukraine liefern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... auch Raketen mit großer Reichweite an die Ukraine liefern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... auch U-Boote in die Ukraine liefern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... Personal der Bundeswehr in die Ukraine schicken, um dort ukrainische Soldaten auszubilden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... die Ukraine durch die Entsendung von Bodentruppen der Bundeswehr unterstützen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... anderen Ländern gestatten, in Deutschland hergestellte Waffensysteme in die Ukraine zu liefern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

5. Gegenwärtig wird diskutiert, ob die Ukraine in einem beschleunigten Verfahren möglichst bald in die EU aufgenommen wird. Wie ist ihre Ansicht in dieser Frage?

<i>Die Ukraine sollte ...</i>	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
... gar nicht in die EU aufgenommen werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... nicht beschleunigt, sondern im üblichen Verfahren in die EU aufgenommen werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... so schnell wie möglich in einem verkürzten Verfahren in die EU aufgenommen werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

6. Seit Beginn des Ukraine-Krieges wird in Politik und Medien diskutiert, welche Auswirkungen dieser Krieg auf das Leben der Menschen in Deutschland und anderen Teilen der Welt haben könnte. Bitte geben Sie an, wie sehr folgende Dinge ihnen Sorgen bereiten.

	besorgt mich gar nicht	besorgt mich kaum	besorgt mich etwas	besorgt mich sehr
Dass Russland einen militärischen Angriff auf Deutschland starten könnte, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass Russland Anschläge auf Einrichtungen in Deutschland durchführen könnte, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass in Deutschland junge Erwachsene wieder zum Militärdienst verpflichtet werden könnten, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass es wegen fehlender Getreidelieferungen nach Afrika eine massenhafte Flucht nach Europa geben könnte, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass es in Europa zu einem Einsatz von Atomwaffen kommen könnte, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass die Energieversorgung in Deutschland zusammenbrechen könnte, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass Deutschland zu viel Geld für Waffen und Militär ausgibt, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

7. Seit einiger Zeit wird in Politik und Medien verstärkt über drastische Maßnahmen zum Klimaschutz diskutiert. Wie sehen Sie das? Bitte geben Sie an, wie sehr Sie die nachfolgend genannten Maßnahmen ablehnen oder befürworten?

	lehne ich völlig ab	lehne ich eher ab	befürworte ich eher	befürworte ich völlig
Die Einführung eines Tempolimits von 100 km/h auf Autobahnen ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die dauerhafte Einführung des 9 Euro Tickets, finanziert aus Steuermitteln, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass ab 2030 in Deutschland nur noch E-Autos im Straßenverkehr zugelassen sind, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Enteignung ungenutzter landwirtschaftlicher Flächen für den Bau von Windkraftanlagen ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Eine Zusatzsteuer auf Fleischprodukte, die den Preis verdoppelt, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ein Verbot von Inlandsflügen ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Split 1-3:

In der Islamischen Republik Iran kam vor einigen Wochen eine junge Frau zu Tode, nachdem sie wegen nichtislamischer Kleidung vorher durch die Sittenpolizei verhaftet worden war.

Deshalb kam es im Iran zu Demonstrationen und Protesten.

Die iranischen Behörden reagierten darauf mit massiver Gewalt und Todesurteilen.

Split 4-6:

In der Islamischen Republik Afghanistan wurde vor einigen Wochen durch die Taliban für Frauen der Zugang zu Bildungseinrichtungen und sowie zu beruflichen Tätigkeiten erheblich eingeschränkt.

Deshalb kam es in Afghanistan zu Demonstrationen und Protesten.

Die afghanischen Behörden reagierten darauf mit massiver Gewalt und Todesurteilen.

Split 7: Kontrollgruppe

8. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

(Items rotieren zufällig) (nur Split 2)

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Deutschland sollte sich mit den Protestierenden im Iran solidarisch erklären.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Diese Proteste im Iran zeigen, dass auch Muslime großen Wert auf Freiheitsrechte legen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Proteste im Iran zeigen, dass auch Muslime sich für Frauenrechte einsetzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Deutschland sollte Personen aus dem Iran, die wegen dieser Proteste verfolgt werden, unbürokratisch aufnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

8. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

(Items rotieren zufällig) (nur Split 3)

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Diese Vorfälle im Iran zeigen, dass der Islam unmenschlich ist.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Deutschland sollte weitere Sanktionen gegen den Iran verhängen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Deutschland sollte alle iranischen Diplomaten ausweisen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Diese Vorfälle im Iran zeigen, dass es Demokratie im Islam niemals geben kann.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

8. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen.
(Items rotieren zufällig) (nur Split 5)

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Deutschland sollte sich mit den Protestierenden in Afghanistan solidarisch erklären.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Diese Proteste in Afghanistan zeigen, dass auch Muslime großen Wert auf Freiheitsrechte legen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Proteste in Afghanistan zeigen, dass auch Muslime sich für Frauenrechte einsetzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Deutschland sollte Personen aus Afghanistan, die wegen dieser Proteste verfolgt werden, unbürokratisch aufnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

8. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen.
(Items rotieren zufällig) (nur Split 6)

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Diese Vorfälle in Afghanistan zeigen, dass der Islam unmenschlich ist.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Deutschland sollte weitere Sanktionen gegen Afghanistan verhängen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Deutschland sollte alle afghanischen Diplomaten ausweisen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Diese Vorfälle in Afghanistan zeigen, dass es Demokratie im Islam niemals geben kann.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

9. In Deutschland leben inzwischen viele Menschen muslimischen Glaubens aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es gibt zu viele Muslime in Deutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Muslime sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Muslime haben in Deutschland zu viel Einfluss.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Muslime passen nicht so recht zu uns.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

10. Bitte geben Sie nun an, wie viel Vertrauen Sie in die folgenden Einrichtungen in Deutschland haben.

→ Die 1 steht für „überhaupt kein Vertrauen“ und 6 bedeutet „volles Vertrauen“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Wieviel Vertrauen haben Sie in ...	überhaupt kein Vertrauen			volles Vertrauen		
	1	2	3	4	5	6
... die Gerichte	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... die Polizei	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... die politischen Parteien	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... die Regierung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... die Behörden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... öffentlich-rechtliche Medien	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

11. Für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen und Probleme sind unter anderem Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zuständig. Wie schätzen Sie deren Handeln im Allgemeinen ein? Geben Sie bitte an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

Die Entscheidungsträger in unserem Land ...	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
... sind an den Problemen der einfachen Leute nicht interessiert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... sind unfähig, die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... handeln oft gegen die Interessen der Bevölkerung.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... reden bloß und lösen die Probleme nicht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Nun stellen wir Ihnen einige Fragen zu verschiedenen politischen Themen.

12. Bitte geben Sie an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Im Interesse einer starken politischen Führung in Deutschland sollte der Bundestag aktuell weniger Einfluss haben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Im nationalen Interesse wäre in der aktuellen Lage eine Diktatur die bessere Staatsform.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
In der aktuellen Lage darf die Handlungsfähigkeit der Regierung nicht durch Gerichte eingeschränkt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
In der heutigen Zeit brauchen wir Politiker, die sich trauen, auch alleine Entscheidungen durchzusetzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Längere politische Debatten und Meinungsvielfalt können wir uns aktuell nicht leisten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Aufgrund der aktuellen Lage sollte der Staat einen Führer haben, der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

13. Welche Partei würden Sie am ehesten wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?

→ Bitte antworten Sie auch, wenn Sie nicht wahlberechtigt sind. Bitte geben Sie nur eine Partei an!

CDU/CSU	<input type="radio"/>
SPD	<input type="radio"/>
Bündnis 90/Die Grünen	<input type="radio"/>
FDP	<input type="radio"/>
Die Linke	<input type="radio"/>
AfD	<input type="radio"/>
Eine andere Partei, nämlich: ____	<input type="radio"/>
Ich würde nicht wählen.	<input type="radio"/>

14. Manche Menschen haben hier bei uns in Deutschland Situationen erlebt, in denen sie selbst oder Menschen aus der Bevölkerungsgruppe, der sie angehören, schlecht behandelt oder benachteiligt wurden. Wie ist das bei Ihnen? In welchem Maß stimmen Sie den nachfolgenden Aussagen zu?

<i>Hier bei uns werden Menschen wie ich ...</i>	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
... bei Sozialleistungen benachteiligt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... von Behörden respektlos behandelt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... von den Politikern nicht ernst genommen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... von der Polizei unfair behandelt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... von den Gerichten ungerecht beurteilt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

15. Jetzt geht es darum, wer bei uns in Deutschland politische Entscheidungen beeinflusst. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Politiker und andere Führungspersonlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Studien, die einen Klimawandel belegen, sind meist gefälscht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Medien und Politik stecken unter einer Decke.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Fast alle politischen Entscheidungen werden durch private Großunternehmen vorgegeben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

16. Im Folgenden geht es um Ihre Meinung zum Zusammenleben von Menschen verschiedener Länder und Kulturen in Deutschland. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Die Vermischung so vieler Menschen verschiedener Kulturen in Deutschland kann nicht gut gehen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Juden kann man nicht trauen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ausländer bereichern Deutschland durch neue Ideen und Kulturen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Juden sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Juden sind durch ihr Verhalten selbst schuld daran, wenn man schlecht über sie denkt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

17. Nun einige Fragen zu den Beziehungen zwischen Deutschland und anderen Ländern. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Deutschland sollte die Einfuhr ausländischer Produkte beschränken, um seine eigene Wirtschaft zu schützen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Deutschland sollte seine eigenen Interessen verfolgen, auch wenn dies zu Konflikten mit anderen Ländern führt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wir sollten darauf achten, in Deutschland hergestellte Produkte zu kaufen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Politik in Deutschland sollte sich mehr um die eigenen Bürger kümmern und weniger um andere Länder.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bei staatlichen Aufträgen sollten bei uns deutsche Firmen bevorzugt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Deutschland sollte sich nur international engagieren, wenn das vorteilhaft für uns ist.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Deutschland sollte seine eigene Politik machen, auch wenn andere Länder das anders sehen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

18. Bei uns kommt es immer wieder vor, dass Menschen mit der Politik unzufrieden sind und protestieren. Bitte geben Sie an, wie Sie die folgenden Verhaltensweisen bewerten.

→ Die Antwortmöglichkeiten reichen von -3 (so etwas finde ich völlig falsch) bis zu +3 (so etwas finde ich völlig richtig). Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

	finde ich völlig falsch						finde ich völlig richtig
	-3	-2	-1	0	1	2	3
An einer Demonstration teilnehmen, obwohl diese vom Gericht verboten wurde.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Aus politischen Gründen ein öffentliches Gebäude besetzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sich nachts vor dem Haus eines Politikers versammeln und diesen laut beschimpfen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Politiker anonym im Internet mit Gewalt bedrohen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
An einer Demonstration gegen die Eröffnung einer Flüchtlingsunterkunft teilnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Den Straßenverkehr blockieren, um Maßnahmen gegen den Klimawandel zu fordern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sich an einem Baum festketten, um ein Bauvorhaben zu verhindern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Kürzlich wurde folgende Nachricht veröffentlicht:

Split 1:

Neben der Klimakrise erreichen die Folgen von Krieg, Terror, Energie- und Lebensmittelknappheit in zunehmendem Maße auch Deutschland. Wegen dieser Entwicklungen haben Fluchtbewegungen in Richtung Europa stark zugenommen. Mehrere Bundesministerien haben darauf hingewiesen, dass deshalb in Deutschland Vorbereitungen für die erneute Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen getroffen werden.

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände begrüßt eine solche weitere Aufnahme von Flüchtlingen nachdrücklich:

„Flüchtlinge sind angesichts des Fachkräftemangels und der Überlastung des Rentensystems nicht nur als ‚Belastung‘ sondern vor allem auch als ‚Zukunftsinvestition‘ zu begreifen. Dafür müssen allerdings Ausbildungs- und Schulabschlüsse aus anderen Ländern schneller anerkannt und Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen zügig erteilt werden.“

Split 2:

Neben der Klimakrise erreichen die Folgen von Krieg, Terror, Energie- und Lebensmittelknappheit in zunehmendem Maße auch Deutschland. Wegen dieser Entwicklungen haben Fluchtbewegungen in Richtung Europa stark zugenommen. Mehrere Bundesministerien haben darauf hingewiesen, dass deshalb in Deutschland Vorbereitungen für die erneute Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen getroffen werden.

Der Generalsekretär von Amnesty International begrüßt eine solche weitere Aufnahme von Flüchtlingen nachdrücklich:

„Jetzt ist der Zeitpunkt ein klares, unmissverständliches Bekenntnis zu den internationalen verbrieften Menschenrechten von schutzsuchenden Menschen abzugeben. Dem muss auch aktives Handeln folgen. Deutschland kann das und geht hier mit gutem Beispiel voran, wie das große Ausmaß an Unterstützung aus der deutschen Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren gezeigt hat.“

Split 3:

Neben der Klimakrise erreichen die Folgen von Krieg, Terror, Energie- und Lebensmittelknappheit in zunehmendem Maße auch Deutschland. Wegen dieser Entwicklungen haben Fluchtbewegungen in Richtung Europa stark zugenommen. Mehrere Bundesministerien haben darauf hingewiesen, dass deshalb in Deutschland Vorbereitungen für die erneute Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen getroffen werden.

Der Bundeswirtschaftsminister begrüßt eine solche weitere Aufnahme von Flüchtlingen nachdrücklich:

„Flüchtlinge sind angesichts des Fachkräftemangels und der Überlastung des Rentensystems nicht nur als ‚Belastung‘ sondern vor allem auch als ‚Zukunftsinvestition‘ zu begreifen. Dafür müssen allerdings Ausbildungs- und Schulabschlüsse aus anderen Ländern schneller anerkannt und Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen zügig erteilt werden.“

Split 4:

Neben der Klimakrise erreichen die Folgen von Krieg, Terror, Energie- und Lebensmittelknappheit in zunehmendem Maße auch Deutschland. Wegen dieser Entwicklungen haben Fluchtbewegungen in Richtung Europa stark zugenommen. Mehrere Bundesministerien haben darauf hingewiesen, dass deshalb in Deutschland Vorbereitungen für die erneute Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen getroffen werden.

Der Bundespräsident begrüßt eine solche weitere Aufnahme von Flüchtlingen nachdrücklich:

„Jetzt ist der Zeitpunkt ein klares, unmissverständliches Bekenntnis zu den internationalen verbrieften Menschenrechten von schutzsuchenden Menschen abzugeben. Dem muss auch aktives Handeln folgen. Deutschland kann das und geht hier mit gutem Beispiel voran, wie das große Ausmaß an Unterstützung aus der deutschen Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren gezeigt hat.“

Split 5:

Neben der Klimakrise erreichen die Folgen von Krieg, Terror, Energie- und Lebensmittelknappheit in zunehmendem Maße auch Deutschland. Wegen dieser Entwicklungen haben Fluchtbewegungen in Richtung Europa stark zugenommen. Mehrere Bundesministerien haben darauf hingewiesen, dass deshalb in Deutschland Vorbereitungen für die erneute Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen getroffen werden.

Split 6: Kontrollgruppe

19. Wer hat die gerade präsentierte Nachricht über die Vorbereitungen auf die erneute Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland kommentiert?
(nur Split 1 bis 4)

- Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
- Der Generalsekretär von Amnesty International
- Der Bundeswirtschaftsminister
- Der Bundespräsident
- Weiß ich nicht

20. Bitte geben Sie an, in welchem Ausmaß Sie den folgenden Aussagen über die Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland zustimmen.

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Wir sollten in Deutschland keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Schul- und Berufsabschlüsse von Flüchtlingen sollten in Deutschland unbürokratischer anerkannt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Flüchtlinge bedrohen unsere Lebensweise und unsere Werte in Deutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Nach Deutschland geflüchtete Menschen sollten schneller bei uns eingebürgert werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Durch die Zuwanderung von Flüchtlingen kommen vor allem mehr Gewalttäter in unser Land.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich fände es gut, wenn in meiner Nachbarschaft Wohnraum für geflüchtete Menschen zur Verfügung gestellt würde.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Flüchtlinge, die hier leben, schaden unserer Wirtschaft mehr, als dass sie nutzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

21. Personen haben unterschiedliche Fähigkeiten, um die Auswirkungen einer Aufnahme weiterer Flüchtlinge richtig zu beurteilen. Wie schätzen Sie in dieser Hinsicht die Fähigkeiten der nachfolgend genannten Personen ein?

➔ Die 1 steht für „gar keine Fähigkeiten“ und 6 bedeutet „sehr hohe Fähigkeiten“.
Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

	gar keine Fähigkeiten					sehr hohe Fähigkeiten
	1	2	3	4	5	6
Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat in dieser Frage ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Der Generalsekretär von Amnesty International hat in dieser Frage ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Der Bundeswirtschaftsminister hat in dieser Frage ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Der Bundespräsident hat in dieser Frage ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Zum Abschluss noch einige Fragen zu Ihrer Person

22. Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie?

- Abitur oder Hochschulreife (z.B. Gymnasium, erweiterte Oberschule (EOS), Fachoberschule)
- Mittlere Reife (z.B. Realschule, Polytechnische Oberschule (POS))
- Haupt- oder Volksschule
- Keinen Abschluss

23. Welchen höchsten beruflichen Abschluss haben Sie?

- zur Zeit in beruflicher Ausbildung (Student/in, Lehre, AZUBI, BVJ, Praktikant/in)
- Lehre (beruflich/betriebliche Ausbildung)
- Fachschule (Meister-, Technikerschule, Berufs- oder Fachakademie)
- Fachhochschule, Ingenieurschule
- Universität oder Hochschule
- einen anderen beruflichen Abschluss, nämlich _____
- keinen beruflichen Abschluss

24. Sind Sie oder Ihre Eltern nach Deutschland zugewandert?

- Ja, ich selbst
- Ja, meine Eltern (beide Eltern oder ein Elternteil)
- Nein, weder meine Eltern noch ich selbst

25. Welche Staatsangehörigkeit haben Sie? Bitte machen Sie hier nur eine Angabe.

- Ich habe nur die deutsche Staatsangehörigkeit
- Ich habe sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit
- Ich habe nur eine ausländische Staatsangehörigkeit.

26. Seit wie vielen Jahren leben Sie in Deutschland?

Seit meiner Geburt

Seit etwa _____ Jahren

27. Welches Geschlecht haben Sie?

- männlich
- weiblich
- divers

28. Bitte geben Sie Ihr Alter in Jahren an.

Ich bin _____ Jahre alt.

29. Bitte geben Sie an, welcher Religion Sie angehören oder sich am ehesten zugehörig fühlen.

- Einer christlichen Religion
(z.B. Protestanten, Katholiken, Orthodoxe, evangelisch-freikirchliche Christen)
- Einer islamischen Religion
(z.B. Sunniten, Schiiten, Aleviten, Ahmadi)
- Einer anderen Religion
(z.B. Juden, Buddhisten, Hinduisten)
- Keiner Religion

30. Wie gut kommen Sie mit dem Geld zurecht, das Ihnen im Monat zur Verfügung steht?

→ Bitte geben Sie die zutreffende Zahl an.

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
sehr schlecht	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	sehr gut

31. Erhalten Sie staatliche Unterstützung oder Arbeitslosengeld (z.B. ALG I, ALG II, Hartz IV oder Sozialhilfe)?

- Nein
- Ja

32. In welchem Bundesland leben Sie zur Zeit?

Baden-Württemberg	<input type="radio"/>
Bayern	<input type="radio"/>
Berlin	<input type="radio"/>
Brandenburg	<input type="radio"/>
Bremen	<input type="radio"/>
Hamburg	<input type="radio"/>
Hessen	<input type="radio"/>
Mecklenburg-Vorpommern	<input type="radio"/>
Niedersachsen	<input type="radio"/>
Nordrhein-Westfalen	<input type="radio"/>
Rheinland-Pfalz	<input type="radio"/>
Saarland	<input type="radio"/>
Sachsen	<input type="radio"/>
Sachsen-Anhalt	<input type="radio"/>
Schleswig-Holstein	<input type="radio"/>
Thüringen	<input type="radio"/>

33. Wie viele Einwohner hat der Ort, in dem Sie zur Zeit leben ungefähr?

weniger als 50.000 Einwohner	<input type="radio"/>
mehr als 50.000 aber weniger als 100.000 Einwohner	<input type="radio"/>
mehr als 100.000 aber weniger als 500.000 Einwohner	<input type="radio"/>
mehr als 500.000 Einwohner	<input type="radio"/>

Haben Sie vielen Dank für die Teilnahme an unserer Untersuchung.

Hinweis: (In den Splits 1-4)

Wir haben Ihnen im Rahmen dieser Umfrage eine Nachricht zu einem erwarteten Zuzug von Flüchtlingen nach Deutschland sowie die darauf erfolgende Reaktion des Bundespräsidenten/ des Bundeswirtschaftsministers/des Generalsekretärs von Amnesty International/des Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände präsentiert.

Die in dieser Befragung präsentierte Nachricht ist so in dieser Form nicht wirklich in der Presse veröffentlicht worden. Die von uns präsentierte Reaktion hat es in der hier geschilderten Form so nicht gegeben. Diese Nachricht wurde von uns verwendet, um etwas über Ihre Meinung zu Geschehnissen dieser Art zu erfahren.

Hinweis: (Split 5)

Wir haben Ihnen im Rahmen dieser Umfrage eine Nachricht zu einem erwarteten Zuzug von Flüchtlingen nach Deutschland präsentiert.

Die in dieser Befragung präsentierte Nachricht ist so in dieser Form nicht wirklich in der Presse veröffentlicht worden. Diese Nachricht wurde von uns verwendet, um etwas über Ihre Meinung zu Geschehnissen dieser Art zu erfahren.

Wenn Sie noch etwas zu der Studie oder dem Fragebogen anmerken möchten, können Sie das hier tun.

Anhang: Codebuch

Besorgnisse und Ängste aufgrund gesellschaftlicher Herausforderungen und Krisen.....	XVIII
Antizipierte wirtschaftliche Belastungen und Einschränkungen.....	XVIII
Besorgnisse im Zusammenhang mit Corona-Pandemie	XVIII
Haltung zur militärischen Unterstützung der Ukraine durch Deutschland	XIX
Haltung zur Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union.....	XIX
Besorgnisse im Zusammenhang mit Ukraine-Krieg	XIX
Zustimmung zu drastischen Klimaschutzmaßnahmen	XX
Experiment: Muslimfeindlichkeit und Einstellungen zu den Geschehnissen im Iran und Afghanistan	XX
Systemvertrauen	XXII
(In)Kompetenz gesellschaftlicher Entscheidungsträger.....	XXII
Autokratieakzeptanz	XXII
Politische Orientierung (Sonntagsfrage)	XXIII
Kollektive Marginalisierung	XXIII
Verschwörungsmentalität und Akzeptanz von Verschwörungsnarrativen.....	XXIII
Intoleranz, Ablehnung von Fremdgruppen und Minderheiten.....	XXIV
Unilateralismus/Nationalismus.....	XXIV
Akzeptanz verschiedener Formen des zivilen Ungehorsams	XXV
Experiment: Einstellungen zu Flüchtlingen	XXV
Soziodemografie.....	XXVII

Dieses Codebuch beschreibt die Daten der zweiten Welle der Befragung „*Menschen in Deutschland: International*“ (MiDInt), durchgeführt im Februar 2023. Die erste Spalte gibt den Standort der Variablen im Fragebogen an (bspw. F1_1 = Frage 1_Item 1). In der zweiten Spalte ist der entsprechende Variablenname angegeben. Die dritte Spalte enthält die Formulierungen der Fragen/Items sowie der Antwortkategorien.

Besorgnisse und Ängste aufgrund gesellschaftlicher Herausforderungen und Krisen

Inwieweit sind Sie über die folgenden Herausforderungen und deren mögliche Auswirkungen besorgt?

F1_1	sorge7	Die Folgen des Klimawandels für unseren Alltag.
F1_2	sorge10	Das Ausmaß des Zuzugs von Flüchtlingen in unser Land.
F1_3	sorge18	Dass es in Deutschland zu einem Krieg kommen könnte.
F1_4	sorge14	Dass die Preise weiter steigen könnten.
F1_5	sorge19	Dass es bei uns zu islamistischen Anschlägen kommen könnte.
F1_6	sorge15	Dass die deutsche Wirtschaft schrumpfen könnte.
F1_7	sorge16	Dass es zu Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte kommen könnte.

(1) besorgt mich gar nicht
(2) besorgt mich kaum
(3) besorgt mich etwas
(4) besorgt mich sehr

Antizipierte wirtschaftliche Belastungen und Einschränkungen

Wenn Sie nun an die möglichen Entwicklungen in den nächsten 6 Monaten denken: Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass bei Ihnen persönlich in den nächsten 6 Monaten folgende Dinge passieren?

Dass ich ...

F2_1	infla1	meine Miete nicht mehr bezahlen kann, halte ich für ...
F2_2	infla2	Heizung und Strom nicht mehr bezahlen kann, halte ich für ...
F2_3	infla3	mich beim Einkauf von Grundnahrungsmitteln einschränken muss, halte ich für ...
F2_4	infla4	mich bei Ausgaben für meine Freizeit einschränken muss, halte ich für ...
F2_5	infla5	mir einen Urlaub nicht leisten kann, halte ich für ...
F2_6	infla6	meinen Arbeitsplatz verliere, halte ich für ...

(1) sehr unwahrscheinlich
(2) unwahrscheinlich
(3) wahrscheinlich
(4) sehr wahrscheinlich

Besorgnisse im Zusammenhang mit Corona-Pandemie

In den vergangenen zwei Jahren hat die Corona-Pandemie uns alle beschäftigt. Die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung hatten Auswirkungen auf das Leben von Menschen in der ganzen Welt. Bitte geben Sie an, wie sehr folgende mögliche Entwicklungen Ihnen Sorgen bereiten.

Dass wegen Corona ...

F3_1	corona1	wieder Schulen und Kitas geschlossen werden könnten, ...
F3_2	corona2	viele Unternehmen pleite gehen könnten, ...
F3_3	corona3	unser Gesundheitssystem zusammenbrechen könnte, ...
F3_4	corona4	viele Menschen schwer krank werden oder sterben könnten, ...

(1) besorgt mich gar nicht
(2) besorgt mich kaum
(3) besorgt mich etwas
(4) besorgt mich sehr

Haltung zur militärischen Unterstützung der Ukraine durch Deutschland

Aktuell wird darüber diskutiert, ob und wie umfangreich Deutschland die Ukraine in ihrem Kampf gegen Russland militärisch unterstützen sollte. Was ist Ihre Ansicht dazu? Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu?

Deutschland sollte ...

F4_1	waffen1	gar keine militärische Ausrüstung an die Ukraine liefern.
F4_2	waffen2	nur militärische Ausrüstung an die Ukraine liefern, die allein der Verteidigung dient.
F4_3	waffen3	auch Kampfpanzer, die als Angriffswaffen genutzt werden können, an die Ukraine liefern.
F4_4	waffen4	auch Kampfflugzeuge an die Ukraine liefern.
F4_5	waffen5	auch Raketen mit großer Reichweite an die Ukraine liefern.
F4_6	waffen9	auch U-Boote in die Ukraine liefern.
F4_7	waffen6	Personal der Bundeswehr in die Ukraine schicken, um dort ukrainische Soldaten auszubilden.
F4_8	waffen7	die Ukraine durch die Entsendung von Bodentruppen der Bundeswehr unterstützen.
F4_9	waffen8	anderen Ländern gestatten, in Deutschland hergestellte Waffensysteme in die Ukraine zu liefern.

(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Haltung zur Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union

Gegenwärtig wird diskutiert, ob die Ukraine in einem beschleunigten Verfahren möglichst bald in die EU aufgenommen wird. Wie ist ihre Ansicht in dieser Frage?

Die Ukraine sollte ...

F5_1	ukreu1	gar nicht in die EU aufgenommen werden.
F5_2	ukreu2	nicht beschleunigt, sondern im üblichen Verfahren in die EU aufgenommen werden.
F5_3	ukreu3	so schnell wie möglich in einem verkürzten Verfahren in die EU aufgenommen werden.

(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Besorgnisse im Zusammenhang mit Ukraine-Krieg

Seit Beginn des Ukraine-Krieges wird in Politik und Medien diskutiert, welche Auswirkungen dieser Krieg auf das Leben der Menschen in Deutschland und anderen Teilen der Welt haben könnte.

Bitte geben Sie an, wie sehr folgende Dinge Ihnen Sorgen bereiten.

F6_1	ukraine5	Dass Russland einen militärischen Angriff auf Deutschland starten könnte, ...
F6_2	ukraine6	Dass Russland Anschläge auf Einrichtungen in Deutschland durchführen könnte, ...
F6_3	ukraine7	Dass in Deutschland junge Erwachsene wieder zum Militärdienst verpflichtet werden könnten, ...
F6_4	ukraine8	Dass es wegen fehlender Getreidelieferungen nach Afrika eine massenhafte Flucht nach Europa geben könnte, ...
F6_5	ukraine9	Dass es in Europa zu einem Einsatz von Atomwaffen kommen könnte, ...
F6_6	ukraine10	Dass die Energieversorgung in Deutschland zusammenbrechen könnte, ...
F6_7	ukraine12	Dass Deutschland zu viel Geld für Waffen und Militär ausgibt, ...

(1) besorgt mich gar nicht
(2) besorgt mich kaum
(3) besorgt mich etwas
(4) besorgt mich sehr

Zustimmung zu drastischen Klimaschutzmaßnahmen

Seit einiger Zeit wird in Politik und Medien verstärkt über drastische Maßnahmen zum Klimaschutz diskutiert. Wie sehen Sie das? Bitte geben Sie an, wie sehr Sie die nachfolgend genannten Maßnahmen ablehnen oder befürworten?

F7_1	klima1	Die Einführung eines Tempolimits von 100 km/h auf Autobahnen ...
F7_2	klima2	Die dauerhafte Einführung des 9 Euro Tickets, finanziert aus Steuermitteln, ...
F7_3	klima3	Dass ab 2030 in Deutschland nur noch E-Autos im Straßenverkehr zugelassen sind, ...
F7_4	klima4	Die Enteignung ungenutzter landwirtschaftlicher Flächen für den Bau von Windkraftanlagen ...
F7_5	klima5	Eine Zusatzsteuer auf Fleischprodukte, die den Preis verdoppelt, ...
F7_6	klima6	Ein Verbot von Inlandsflügen ...

(1) lehne ich völlig ab
(2) lehne ich eher ab
(3) befürworte ich eher
(4) befürworte ich völlig

Experiment: Muslimfeindlichkeit und Einstellungen zu den Geschehnissen im Iran und Afghanistan

Vor 8	exgruppe6	(1) Split 1 (2) Split 2 (3) Split 3 (4) Split 4 (5) Split 5 (6) Split 6 (7) Split 7
	Split 1-3	In der Islamischen Republik Iran kam vor einigen Wochen eine junge Frau zu Tode, nachdem sie wegen nichtislamischer Kleidung vorher durch die Sittenpolizei verhaftet worden war. Deshalb kam es im Iran zu Demonstrationen und Protesten. Die iranischen Behörden reagierten darauf mit massiver Gewalt und Todesurteilen.
	Split 4-6	In der Islamischen Republik Afghanistan wurde vor einigen Wochen durch die Taliban für Frauen der Zugang zu Bildungseinrichtungen und sowie zu beruflichen Tätigkeiten erheblich eingeschränkt. Deshalb kam es in Afghanistan zu Demonstrationen und Protesten. Die afghanischen Behörden reagierten darauf mit massiver Gewalt und Todesurteilen.
	Split 7	Kontrollgruppe

Bitte geben Sie an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

(Items rotieren zufällig) (nur Split 2)

F8_1	staat1	Deutschland sollte sich mit den Protestierenden im Iran solidarisch erklären.
F8_2	reli1	Diese Proteste im Iran zeigen, dass auch Muslime großen Wert auf Freiheitsrechte legen.
F8_3	reli2	Die Proteste im Iran zeigen, dass auch Muslime sich für Frauenrechte einsetzen.
F8_4	staat2	Deutschland sollte Personen aus dem Iran, die wegen dieser Proteste verfolgt werden, unbürokratisch aufnehmen.

(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Bitte geben Sie an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

(Items rotieren zufällig) (nur Split 3)

- | | | |
|------|--------|---|
| F8_1 | reli3 | Diese Vorfälle im Iran zeigen, dass der Islam unmenschlich ist. |
| F8_2 | staat3 | Deutschland sollte weitere Sanktionen gegen den Iran verhängen. |
| F8_3 | staat4 | Deutschland sollte alle iranischen Diplomaten ausweisen. |
| F8_4 | reli4 | Diese Vorfälle im Iran zeigen, dass es Demokratie im Islam niemals geben kann.
(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu |

Bitte geben Sie an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

(Items rotieren zufällig) (nur Split 5)

- | | | |
|------|--------|--|
| F8_1 | staat1 | Deutschland sollte sich mit den Protestierenden in Afghanistan solidarisch erklären. |
| F8_2 | reli1 | Diese Proteste in Afghanistan zeigen, dass auch Muslime großen Wert auf Freiheitsrechte legen. |
| F8_3 | reli2 | Die Proteste in Afghanistan zeigen, dass auch Muslime sich für Frauenrechte einsetzen. |
| F8_4 | staat2 | Deutschland sollte Personen aus Afghanistan, die wegen dieser Proteste verfolgt werden, unbürokratisch aufnehmen.
(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu |

Bitte geben Sie an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

(Items rotieren zufällig) (nur Split 6)

- | | | |
|------|--------|--|
| F8_1 | reli3 | Diese Vorfälle in Afghanistan zeigen, dass der Islam unmenschlich ist. |
| F8_2 | staat3 | Deutschland sollte weitere Sanktionen gegen Afghanistan verhängen. |
| F8_3 | staat4 | Deutschland sollte alle afghanischen Diplomaten ausweisen. |
| F8_4 | reli4 | Diese Vorfälle in Afghanistan zeigen, dass es Demokratie im Islam niemals geben kann.
(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu |

In Deutschland leben inzwischen viele Menschen muslimischen Glaubens aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

- | | | |
|------|---------|--|
| F9_1 | islamf1 | Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land. |
| F9_2 | islamf3 | Es gibt zu viele Muslime in Deutschland. |
| F9_3 | islamf2 | Muslime sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland. |
| F9_4 | islamf4 | Muslime haben in Deutschland zu viel Einfluss. |
| F9_5 | islamf5 | Muslime passen nicht so recht zu uns.
(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu |

Systemvertrauen

Bitte geben Sie nun an, wie viel Vertrauen Sie in die folgenden Einrichtungen in Deutschland haben.

Die 1 steht dabei für „überhaupt kein Vertrauen“ und 6 bedeutet „volles Vertrauen“.
Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Wieviel Vertrauen haben Sie in ...

F10_1	systv1	die Gerichte?
F10_2	systv2	die Polizei?
F10_3	systv3	die politischen Parteien?
F10_4	systv4	die Regierung?
F10_5	systv5	die Behörden?
F10_6	systv6	öffentlich-rechtliche Medien?

(1) 1 überhaupt kein Vertrauen
(2) 2
(3) 3
(4) 4
(5) 5
(6) 6 volles Vertrauen

(In)Kompetenz gesellschaftlicher Entscheidungsträger

Für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen und Probleme sind unter anderem Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zuständig. Wie schätzen Sie deren Handeln im Allgemeinen ein? Geben Sie bitte an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

Die Entscheidungsträger in unserem Land ...

F11_1	inkomp1	sind an den Problemen der einfachen Leute nicht interessiert.
F11_2	inkomp2	sind unfähig, die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen.
F11_3	inkomp3	handeln oft gegen die Interessen der Bevölkerung.
F11_4	inkomp4	reden bloß und lösen die Probleme nicht.

(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Autokratieakzeptanz

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

F12_1	prodik1	Im Interesse einer starken politischen Führung in Deutschland sollte der Bundestag aktuell weniger Einfluss haben.
F12_2	prodik2	Im nationalen Interesse wäre in der aktuellen Lage eine Diktatur die bessere Staatsform.
F12_3	prodik7	In der aktuellen Lage darf die Handlungsfähigkeit der Regierung nicht durch Gerichte eingeschränkt werden.
F12_4	prodik4	In der heutigen Zeit brauchen wir Politiker, die sich trauen, auch alleine Entscheidungen durchzusetzen.
F12_5	prodik5	Längere politische Debatten und Meinungsvielfalt können wir uns aktuell nicht leisten.
F12_6	prodik6	Aufgrund der aktuellen Lage sollte der Staat einen Führer haben, der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert.

(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Politische Orientierung (Sonntagsfrage)

F13	partei	Welche Partei würden Sie am ehesten wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre? <i>Bitte antworten Sie auch, wenn Sie nicht wahlberechtigt sind. Bitte geben Sie nur eine Partei an!</i> (1) CDU/CSU (2) SPD (3) Bündnis 90/Die Grünen (4) FDP (5) Die Linke (6) AfD
F13_txt	partei_s	(7) Eine andere Partei, nämlich: (enthält Mehrfachnennungen) (8) Ich würde nicht wählen.

Kollektive Marginalisierung

Manche Menschen haben hier bei uns in Deutschland Situationen erlebt, in denen sie selbst oder Menschen aus der Bevölkerungsgruppe, der sie angehören, schlecht behandelt oder benachteiligt wurden. Wie ist das bei Ihnen? In welchem Maß stimmen Sie den nachfolgenden Aussagen zu?

Hier bei uns werden Menschen wie ich ...

F14_1	marg5	bei Sozialleistungen benachteiligt.
F14_2	marg6	von Behörden respektlos behandelt.
F14_3	marg7	von den Politikern nicht ernst genommen.
F14_4	marg8	von der Polizei unfair behandelt.
F14_5	marg9	von den Gerichten ungerecht beurteilt. (1) stimme gar nicht zu (2) stimme eher nicht zu (3) stimme eher zu (4) stimme völlig zu

Verschwörungsmentalität und Akzeptanz von Verschwörungsnarrativen

Jetzt geht es darum, wie bei uns in Deutschland politische Entscheidungen beeinflusst. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

F15_1	conspi2	Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.
F15_2	conspi4	Politiker und andere Führungspersonlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.
F15_3	conspi5	Studien, die einen Klimawandel belegen, sind meist gefälscht.
F15_4	conspi6	Medien und Politik stecken unter einer Decke.
F15_5	conspi7	Fast alle politischen Entscheidungen werden durch private Großunternehmen vorherbestimmt. (1) stimme gar nicht zu (2) stimme eher nicht zu (3) stimme eher zu (4) stimme völlig zu

Intoleranz, Ablehnung von Fremdgruppen und Minderheiten

Im Folgenden geht es um Ihre Meinung zum Zusammenleben von Menschen verschiedener Länder und Kulturen in Deutschland. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

F16_1	auslf3	Die Vermischung so vieler Menschen verschiedener Kulturen in Deutschland kann nicht gut gehen.
F16_2	auslf2	Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland.
F16_3	antisem2	Juden kann man nicht trauen.
F16_4	auslf5	Ausländer bereichern Deutschland durch neue Ideen und Kulturen.
F16_5	auslf1	Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.
F16_6	antisem1	Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.
F16_7	antisem5	Juden sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland.
F16_8	antisem6	Die Juden sind durch ihr Verhalten selbst schuld daran, wenn man schlecht über sie denkt.

(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Unilateralismus/Nationalismus

Nun einige Fragen zu den Beziehungen zwischen Deutschland und anderen Ländern. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

F17_1	natio1	Deutschland sollte die Einfuhr ausländischer Produkte beschränken, um seine eigene Wirtschaft zu schützen.
F17_2	natio3	Deutschland sollte seine eigenen Interessen verfolgen, selbst wenn dies zu Konflikten mit anderen Ländern führt.
F17_3	natio9	Wir sollten darauf achten, in Deutschland hergestellte Produkte zu kaufen.
F17_4	natio10	Die Politik in Deutschland sollte sich mehr um die eigenen Bürger kümmern und weniger um andere Länder.
F17_5	natio11	Bei staatlichen Aufträgen sollten bei uns deutsche Firmen bevorzugt werden.
F17_6	natio12	Deutschland sollte sich nur international engagieren, wenn das vorteilhaft für uns ist.
F17_7	natio13	Deutschland sollte seine eigene Politik machen, auch wenn andere Länder das anders sehen.

(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Akzeptanz verschiedener Formen des zivilen Ungehorsams

Bei uns kommt es immer wieder vor, dass Menschen mit der Politik unzufrieden sind und protestieren. Bitte geben Sie an, wie Sie die folgenden Verhaltensweisen bewerten.

Die Antwortmöglichkeiten reichen von -3 (so etwas finde ich völlig falsch) bis zu +3 (so etwas finde ich völlig richtig). Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

F18_1	protest1	An einer Demonstration teilnehmen, obwohl diese vom Gericht verboten wurde.
F18_2	protest2	Aus politischen Gründen ein öffentliches Gebäude besetzen.
F18_3	protest3	Sich nachts vor dem Haus eines Politikers versammeln und diesen laut beschimpfen.
F18_4	protest4	Politiker anonym im Internet mit Gewalt bedrohen.
F18_5	protest5	An einer Demonstration gegen die Eröffnung einer Flüchtlingsunterkunft teilnehmen.
F18_6	protest6	Den Straßenverkehr zu blockieren, um Maßnahmen gegen den Klimawandel zu fordern.
F18_7	protest7	Sich an einem Baum festketten, um ein Bauvorhaben zu verhindern.

(1) -3 finde ich völlig falsch
(2) -2
(3) -1
(4) 0
(5) 1
(6) 2
(7) 3 finde ich völlig richtig

Experiment: Einstellungen zu Flüchtlingen

Vor 19	exgruppe5	(1) Split 1 (2) Split 2 (3) Split 3 (4) Split 4 (5) Split 5 (6) Split 6
	Split 1	Neben der Klimakrise erreichen die Folgen von Krieg, Terror, Energie- und Lebensmittelknappheit in zunehmendem Maße auch Deutschland. Wegen dieser Entwicklungen haben Fluchtbewegungen in Richtung Europa stark zugenommen. Mehrere Bundesministerien haben darauf hingewiesen, dass deshalb in Deutschland Vorbereitungen für die erneute Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen getroffen werden. Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände begrüßt eine solche weitere Aufnahme von Flüchtlingen nachdrücklich: „Flüchtlinge sind angesichts des Fachkräftemangels und der Überlastung des Rentensystems nicht nur als ‚Belastung‘ sondern vor allem auch als ‚Zukunftsinvestition‘ zu begreifen. Dafür müssen allerdings Ausbildungs- und Schulabschlüsse aus anderen Ländern schneller anerkannt und Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen zügig erteilt werden.“
	Split 2	Neben der Klimakrise erreichen die Folgen von Krieg, Terror, Energie- und Lebensmittelknappheit in zunehmendem Maße auch Deutschland. Wegen dieser Entwicklungen haben Fluchtbewegungen in Richtung Europa stark zugenommen. Mehrere Bundesministerien haben darauf hingewiesen, dass deshalb in Deutschland Vorbereitungen für die erneute Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen getroffen werden. Der Generalsekretär von Amnesty International begrüßt eine solche weitere Aufnahme von Flüchtlingen nachdrücklich: „Jetzt ist der Zeitpunkt ein klares, unmissverständliches Bekenntnis zu den international verbrieften Menschenrechten von schutzsuchenden Menschen abzugeben. Dem muss auch aktives Handeln folgen. Deutschland kann das und geht hier mit gutem Beispiel voran, wie das große Ausmaß an Unterstützung aus der deutschen Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren gezeigt hat.“

- Split 3 Neben der Klimakrise erreichen die Folgen von Krieg, Terror, Energie- und Lebensmittelknappheit in zunehmendem Maße auch Deutschland. Wegen dieser Entwicklungen haben Fluchtbewegungen in Richtung Europa stark zugenommen. Mehrere Bundesministerien haben darauf hingewiesen, dass deshalb in Deutschland Vorbereitungen für die erneute Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen getroffen werden.
- Der Bundeswirtschaftsminister begrüßt eine solche weitere Aufnahme von Flüchtlingen nachdrücklich: „Flüchtlinge sind angesichts des Fachkräftemangels und der Überlastung des Rentensystems nicht nur als ‚Belastung‘ sondern vor allem auch als ‚Zukunftsinvestition‘ zu begreifen. Dafür müssen allerdings Ausbildungs- und Schulabschlüsse aus anderen Ländern schneller anerkannt und Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen zügig erteilt werden.“
- Split 4 Neben der Klimakrise erreichen die Folgen von Krieg, Terror, Energie- und Lebensmittelknappheit in zunehmendem Maße auch Deutschland. Wegen dieser Entwicklungen haben Fluchtbewegungen in Richtung Europa stark zugenommen. Mehrere Bundesministerien haben darauf hingewiesen, dass deshalb in Deutschland Vorbereitungen für die erneute Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen getroffen werden.
- Der Bundespräsident begrüßt eine solche weitere Aufnahme von Flüchtlingen nachdrücklich:
„Jetzt ist der Zeitpunkt ein klares, unmissverständliches Bekenntnis zu den internationalen verbrieften Menschenrechten von schutzsuchenden Menschen abzugeben. Dem muss auch aktives Handeln folgen. Deutschland kann das und geht hier mit gutem Beispiel voran, wie das große Ausmaß an Unterstützung aus der deutschen Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren gezeigt hat“.
- Split 5 Neben der Klimakrise erreichen die Folgen von Krieg, Terror, Energie- und Lebensmittelknappheit in zunehmendem Maße auch Deutschland. Wegen dieser Entwicklungen haben Fluchtbewegungen in Richtung Europa stark zugenommen. Mehrere Bundesministerien haben darauf hingewiesen, dass deshalb in Deutschland Vorbereitungen für die erneute Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen getroffen werden.

Split 6 Kontrollgruppe

F19
(Split 1-4)

chk2

Wer hat die gerade präsentierte Nachricht über die Vorbereitung auf eine erneute Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland kommentiert?

- (1) Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
- (2) Der Generalsekretär von Amnesty International
- (3) Der Bundeswirtschaftsminister
- (4) Der Bundespräsident
- (5) Weiß ich nicht

Bitte geben Sie an, in welchem Ausmaß Sie den folgenden Aussagen über die Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland zustimmen.

- | | | |
|-------|---------|--|
| F20_1 | flucht1 | Wir sollten in Deutschland keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen. |
| F20_2 | flucht2 | Schul- und Berufsabschlüsse von Flüchtlingen sollten in Deutschland unbürokratischer anerkannt werden. |
| F20_3 | flucht3 | Flüchtlinge bedrohen unsere Lebensweise und unsere Werte in Deutschland. |
| F20_4 | flucht4 | Nach Deutschland geflüchtete Menschen sollten schneller bei uns eingebürgert werden. |
| F20_5 | flucht5 | Durch die Zuwanderung von Flüchtlingen kommen vor allem mehr Gewalttäter in unser Land. |
| F20_6 | flucht6 | Ich fände es gut, wenn in meiner Nachbarschaft Wohnraum für geflüchtete Menschen zur Verfügung gestellt würde. |
| F20_7 | flucht7 | Flüchtlinge, die hier leben, schaden unserer Wirtschaft mehr, als dass sie nutzen. |
- (1) stimme gar nicht zu
 - (2) stimme eher nicht zu
 - (3) stimme eher zu
 - (4) stimme völlig zu

Personen haben unterschiedliche Fähigkeiten, um die Auswirkungen einer Aufnahme weiterer Flüchtlinge richtig zu beurteilen. Wie schätzen Sie in dieser Hinsicht die Fähigkeiten der nachfolgend genannten Personen ein?

Die 1 steht für „gar keine Fähigkeiten“ und 6 bedeutet „sehr hohe Fähigkeiten“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

F21_1	komp1	Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat in dieser Frage ...
F21_2	komp2	Der Generalsekretär von Amnesty International hat in dieser Frage ...
F21_3	komp3	Der Bundeswirtschaftsminister hat in dieser Frage ...
F21_4	komp4	Der Bundespräsident hat in dieser Frage ...

- (1) 1 gar keine Fähigkeiten
- (2) 2
- (3) 3
- (4) 4
- (5) 5
- (6) 6 sehr hohe Fähigkeiten

Soziodemografie

F22	schab4	Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie?
		(1) Abitur oder Hochschulreife (z.B. erweiterte Oberschule (EOS), Fachoberschule)
		(2) Mittlere Reife (z.B. Realschule, Polytechnische Oberschule (POS))
		(3) Haupt- oder Volksschule
		(4) Keinen Abschluss
F23	berab3	Welchen höchsten beruflichen Abschluss haben Sie?
		(1) zur Zeit in beruflicher Ausbildung (Student/in, Lehre, AZUBI, BVJ, Praktikant/in)
		(2) Lehre (beruflich/betriebliche Ausbildung)
		(3) Fachschule (Meister-, Technikerschule, Berufs- oder Fachakademie)
		(4) Fachhochschule, Ingenieurschule
		(5) Universität oder Hochschule
	berab_s	(6) Einen anderen Ausbildungsabschluss, nämlich:
		(7) keinen beruflichen Abschluss
F24	zugew	Sind Sie oder Ihre Eltern nach Deutschland zugewandert?
		(1) Ja, ich selbst
		(2) Ja, meine Eltern (beide Eltern oder ein Elternteil)
		(3) Nein, weder meine Eltern noch ich selbst
F25	nation	Welche Staatsangehörigkeit haben Sie? Bitte machen Sie hier nur eine Angabe.
		(1) Ich habe nur die deutsche Staatsangehörigkeit
		(2) Ich habe sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit
		(3) Ich habe nur eine ausländische Staatsangehörigkeit.
		Seit wie vielen Jahren leben Sie in Deutschland?
F26_1	sgebnd	Seit meiner Geburt
F26_2	jahreind	Seit etwa ____ Jahren
F27	geschl	Welches Geschlecht haben Sie?
		(1) Männlich
		(2) Weiblich
		(3) Divers
F28	alter	Bitte geben Sie Ihr Alter in Jahren an.

F29	religion	<p>Bitte geben Sie an, welcher Religion Sie angehören oder sich am ehesten zugehörig fühlen.</p> <p>(1) Einer christlichen Religion (z.B. Protestanten, Katholiken, Orthodoxe, evangelisch-freikirchliche Christen)</p> <p>(2) Einer islamischen Religion (z.B. Sunniten, Schiiten, Aleviten, Ahmadi)</p> <p>(3) Einer anderen Religion (z.B. Juden, Buddhisten, Hinduisten)</p> <p>(4) Keiner Religion</p>
F30	finanz	<p>Wie gut kommen Sie mit dem Geld zurecht, das Ihnen im Monat zur Verfügung steht?</p> <p>(1) sehr schlecht</p> <p>(2) 2</p> <p>(3) 3</p> <p>(4) 4</p> <p>(5) 5</p> <p>(6) 6</p> <p>(7) 7</p> <p>(8) 8</p> <p>(9) 9</p> <p>(10) sehr gut</p>
F31	sozihilfs	<p>Erhalten Sie staatliche Unterstützung oder Arbeitslosengeld (z.B. ALG I, ALG II, Hartz IV oder Sozialhilfe)?</p> <p>(0) Nein</p> <p>(1) Ja</p>
F32	bland	<p>In welchem Bundesland leben Sie zur Zeit?</p> <p>(1) Baden-Württemberg</p> <p>(2) Bayern</p> <p>(3) Berlin</p> <p>(4) Brandenburg</p> <p>(5) Bremen</p> <p>(6) Hamburg</p> <p>(7) Hessen</p> <p>(8) Mecklenburg-Vorpommern</p> <p>(9) Niedersachsen</p> <p>(10) Nordrhein-Westfalen</p> <p>(11) Rheinland-Pfalz</p> <p>(12) Saarland</p> <p>(13) Sachsen</p> <p>(14) Sachsen-Anhalt</p> <p>(15) Schleswig-Holstein</p> <p>(16) Thüringen</p>
F33	ort	<p>Wie viele Einwohner hat der Ort, in dem Sie zur Zeit leben ungefähr?</p> <p>(1) weniger als 50.000 Einwohner</p> <p>(2) mehr als 50.000 aber weniger als 100.000 Einwohner</p> <p>(3) mehr als 100.000 aber weniger als 500 000 Einwohner</p> <p>(4) mehr als 500.000 Einwohner</p>
	comment	<p><i>Kommentar des Befragten</i></p>



Photo by UHH/RRZ/Mentz

Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg